

BDF *aktuell*



- Wiederherstellungsverordnung in der Diskussion
- Waldpolitik in der EU – Strategie 2030
- Lebensraumtypen: Schutz oder Entwicklung



Die deutsche Delegation zum XXI. UEF-Congress in Ruse/Bulgarien zum Abschieds-Abendessen am 13. September 2025 im Restaurant des Dunav Plaza Hotels.

V.l.n.r. Arno Fillies, Michael Diemer, Ines von Keller, Matthias Schmitt, Philipp Schlichting und Bernd Lauterbach.



Spruch des Monats

Wenn jemand meinte, die Bäume seien da, um den Himmel zu stützen, so müßten sie ihm alle zu kurz vorkommen.

© Franz Grillparzer (1791-1872),
Wiener Hofkonzipist und Burgtheaterdichter

INHALT

Aus dem Bund

Fakten und Fragen zur W-VO	4
W-VO führt ins Risiko	6
SDW setzt auf Dialog	7
Waldlebensraumtypen	8
Schutz, Erhalt und Entwicklung	9
Dialog statt Distanz	10
Brüssel: das „Forest Regime“	12
Waldstrategie 2030	13
20 Jahre EUSTAFOR	14
XXI. UEF Kongress	15
Tarifeinigung TV-L	16

Aus den Ländern

BW: Waldgipfel 2026	17
BY: Kaniber – moderne Arbeitskleidung	19
BB/Berlin: BDF-Problemlösungen	25
Bundesforst: BDF-Vorstandssitzung 2026	27
Hessen: Nachwuchsforstleute	28
MV: Vertretung im Verwaltungsrat	28
NDS: Warnstreik in Niedersachsen	30
NRW: Nachruf Fritz Klocke	31
RLP: Besichtigung des Geothermiekraftwerks	32
Saarland: BDF-Saar zeigt Flagge	34
Sachsen: BDF-Landesvorstandssitzung 2026	35
SH: Tarifverhandlungen für den Privatforstwald	36
Thüringen: Submissionsexkursion	37
Freud und Leid	38

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund Deutscher Forstleute (BDF); Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon (0 30) 65 700 102, Telefax (0 30) 65 700 104, Info@bdf-online.de – Fachgewerkschaft für Forstbeamte und -beschäftigte im dbb beamtenbund und tarifunion; **Verantwortliche Chefredakteurin:** Beate Fischer c/o Bund Deutscher Forstleute beate.fischer@bdf-online.de; **Gesamtherstellung und Vertrieb:** Wilke Mediengruppe GmbH, Hamm, ISSN-Nr.: 0945-6538; **Bestellschrift, Anzeigen:** Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm, Telefon (0 23 85) 462 90-0, anzeigen@einfach-wilke.de, www.wilke-verbaende.de; **Bezugsbedingungen:** BDF aktuell erscheint monatlich. Bezugspreis monatlich 2,95 € zuzüglich Porto + Verpackung, für BDF-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen; **Erscheinungsweise:** zum 1. jedes Monats; **Redaktionsschluss:** am 1. des Vormonats bei der Redaktion. Bestellungen sind an den Verlag zu richten; **Landesredakteure:** Marlene Schmitt (BW); Robert Nörr (By); Uwe Honke (B, BB); Daniel Gerlach (He); Peter Rabe (MV); Adrian Kirchhoff (Nds); Claus Gröger (NRW); Thomas Grünhäuser (RLP); Sybille Rauchheld (Saar); Wanda Kramer (SN); Astrid Eichler (LSA); Christian Rosenow (SH); Jens Düring (Th); Dörte Grünert (Bundesforst); **Bildnachweise:** Arno Fillies (Titel), BMLEH (S. 2, 3), Adobe Stock (S. 7, 12, 24, 35, Rückseite (Smartphone)), NLF/Ole Bauer (S. 8, 9 oben), Antonius Haane-Holland (S. 14 links), EUSTAFOR (S. 14 rechts), Arno Fillies (S. 15), BDF (S. 9 unten, 17, 18, 26), Bastian Brummer (S. 19 oben links), Stefan Wittenberg (S. 19 oben rechts), Tobias Hase (S. 19 unten), Volker Binner (S. 21 links), Johanna Fikar (S. 21 rechts), Carina Schwab (S. 23), BDF-Bundesforst (S. 27), Leonie Tinnefeld (S. 28), LV Niedersachsen (S. 30), Bernhard Dierdorf (S. 31), Ralf Konwinski (S. 32), Michael Weber (S. 34), Udo Mauersberger (S. 35 oben), Jan Hinrich Bergmann (S. 36 oben), Volker Hielscher (S. 36 unten), Roman Rosch (S. 37), Bettina Bastgen (S. 39)



Aufgrund technischer Neuerungen unserer Internetseite muss der interne Bereich aufgelöst werden. Die dortigen Infos finden Sie ab sofort in der BDF-App unter Dokumenten.



Liebe Freundinnen und Freunde des Waldes,

Europa! Meine ersten Erinnerungen an Europa sind die Eurovisionshymne am elterlichen Fernseher – ein toller Auftakt für in Deutschland, Österreich und der Schweiz live übertragene Fußball-Länderspiele oder Quizsendungen... und meine erste Grenzüberquerung nach Frankreich. Als familienbedingt erfahrener „DDR-Grenzgänger“ war das ein fulminantes „Nicht-Erlebnis“. Schon deshalb ist Europa für mich ein positiv besetzter Begriff.

Aber Europa ist nicht nur Musik und Freiheit. Europa regiert auch und berührt unser Leben vielfach. Meist unmerklich und dann meist erleichternd, zuweilen aber auch begrenzend und behindernd.

Mit der EUDR und der Wiederherstellungsverordnung haben wir da gerade zwei heiß diskutierte forstliche Herausforderungen. Gerade bei der WVO ist aktuell noch nicht absehbar, welche Wirkung sie entfalten wird. Eine Wirkung jedenfalls hat sie schon: Empörung! Der Begriff „Wiederherstellung“ kann bei für den Wald verantwortlichen Menschen keine Akzeptanz finden. Schließlich stellt er doch unsere Arbeit für den Wald infrage. Und angesichts des Klimawandels kann es ohnehin nicht um „Wiederherstellung“, sondern vielmehr um Transformation oder Anpassung gehen.

Wie die WVO genau umgesetzt werden soll, ist noch nicht absehbar. Bei einer Veranstaltung des Bundesumweltministeriums (BMUKN) im letzten Dezember sagte der verantwortliche Abteilungsleiter Helmut Alda: „Wir brauchen von Ihnen einen Vertrauensvorschuss!“ Meinen Protest dagegen habe ich ihm nach der Veranstaltung im direkten Gespräch mitgeteilt: „Vertrauen muss sich das BMUKN erst verdienen.“ Allzu oft haben wir die Erfahrung gemacht, dass EU-Regelungen im Zuge der Umsetzung in Deutschland ausgenutzt wurden, um einseitige Interessen quasi im Kielwasser durchzusetzen...

Ich sehe in der WVO zwar durchaus eine Chance für die Forstwirtschaft – so sie denn als Basis zur Absicherung oder Etablierung von Förderprogrammen zur Klimaanpassung des Waldes dient. Ich habe aber auch die Sorge, dass es anders kommen kann. Und hier kommt ein nationales Problem zur Sprache: Etliche forstlich relevante Themen werden nicht im Forstministerium, sondern im BMUKN bearbeitet. Wäre das anders, hätte ich deutlich weniger Sorgen. Die Bündelung aller Waldthemen im Forstministerium war schon eine Forderung des BDF im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen. Die Koalitionspartner konnten sich darauf aber leider nicht einigen. Bevor wir also auf „Europa“ schimpfen, sollten wir genau schauen, wo der Fehler liegt: es kann durchaus auch Berlin sein...!

Beim Thema „Lebensraumtypen“ wird der BDF aktiv. Wir wollen es mit dem NABU Deutschland in der gemeinsamen Erkenntnis aufgreifen, dass unsere Waldnatur angesichts des Klimawandels nicht in ein starres Schema gesperrt werden kann. Ich bin gespannt darauf! ■

Ihr

Dirk Schäfer
BDF-Bundesvorsitzender



EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (W-VO)

Fakten und Fragen zur W-VO

Unbestritten geht es den Wäldern in Europa insgesamt nicht gut. Daher haben die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament seit 2019 darüber beraten, wie die weitere Verschlechterung des derzeitigen Zustands der biologischen Vielfalt und der Natur verhindert und mehr Engagement für die Wiederherstellung der Natur gewährleistet werden kann (wobei „Wiederherstellung“ eine eher schlechte Übersetzung ist; es geht nach Aussagen des BMUKN eher um „stabile Ökosysteme“). Die Beratungen mündeten in der Verabschiedung der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur (W-VO). Die Verordnung ist am 18. August 2024 in Kraft getreten und gilt seitdem unmittelbar.

Am 3. Dezember 2025 nahm der BDF an einem Stakeholder-Workshop zur W-VO in Berlin teil. Die Abbildungen wurden dort präsentiert.

Waldrelevante Inhalte

Für Waldökosysteme sind insbesondere zwei Artikel der Verordnung relevant:

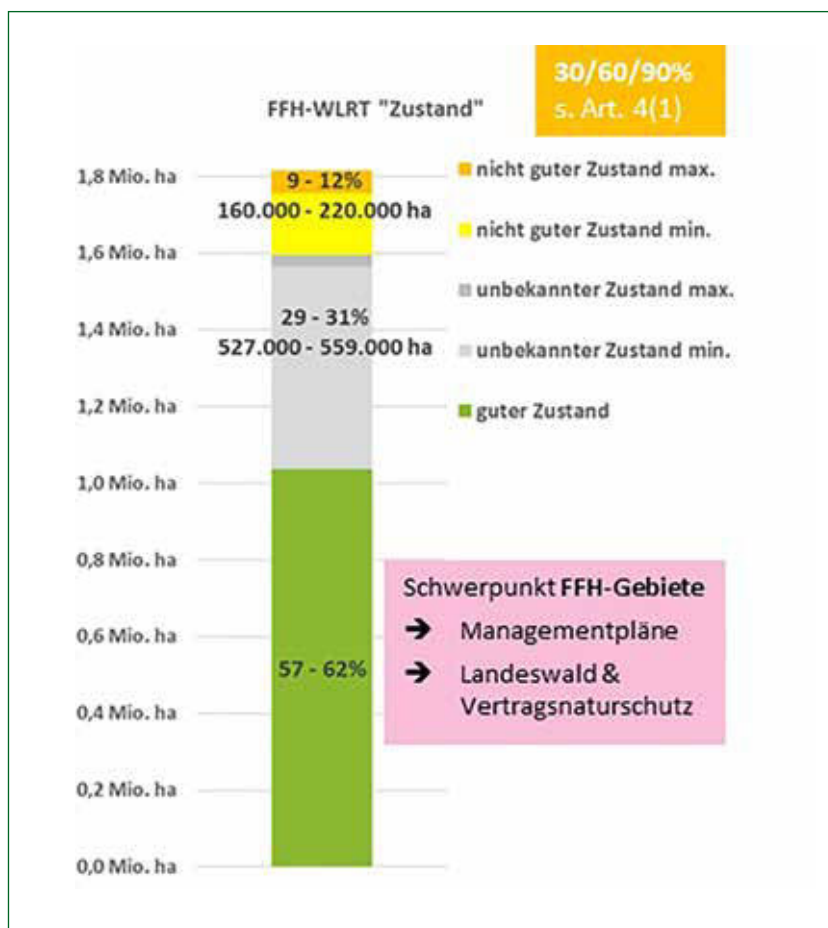
Artikel 4

Wiederherstellung von Lebensraumtypen

Zustand der Wald-Lebensraumtypen nach Erhaltungszustand in FFH Gebieten, relevant für Art. 4 Abs. 1 W-VO.

Artikel 4 ist der zentrale Artikel der W-VO, denn er stellt einen direkten Bezug zu den beiden Natura 2000 Richtlinien (Vogelschutz-RL, Fauna-Flora-Habitat RL) dar. In Artikel 4 wird u.a. die Wiederherstellung von Lebensraumtypen (LRT) gemäß der FFH-RL geregelt.

Hier wird festgelegt, dass bis 2030 auf mind. 30% der Gesamtfläche aller LRT, die sich nicht in gutem Zustand befinden (bis 2040/2050 auf mind. 60%/90%) Maßnahmen zur Wiederherstellung ergriffen werden (Art. 4 Abs. 1).



Über den Zustand von LRT müssen die Mitgliedstaaten alle sechs Jahr in Form des FFH-Berichts an die EU-Kommission berichten. Die deutsche Referenz ist der Bericht aus dem Herbst 2025. Demnach befinden sich Wald-LRT-Flächen im Umfang von circa 160.000 bis 220.000 Hektar in nicht gutem Zustand. Weil derzeit der Erhaltungszustand von Wald-LRT-Flächen, vor allem außerhalb von FFH-Gebieten, bei einer Fläche von über 500.000 Hektar nicht bekannt ist, kann der Wert noch steigen. Die Mitgliedsstaaten müssen bis zum Jahr 2040 den Zustand aller LRT-Flächen klären.

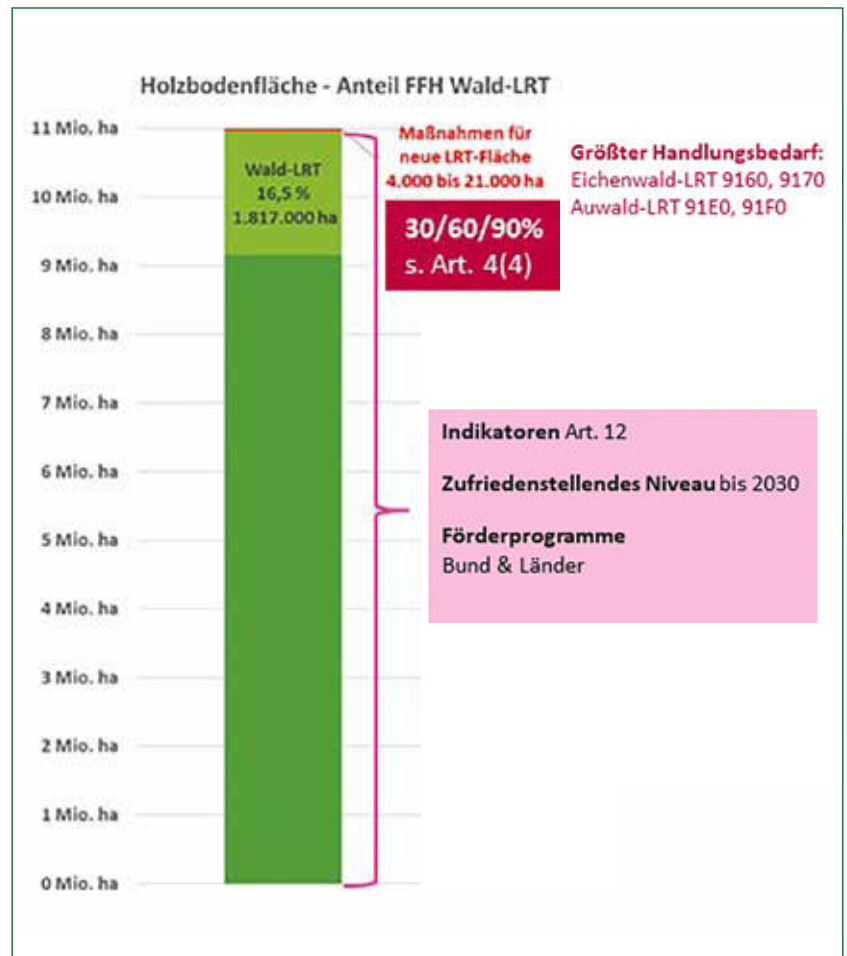
Zusätzlich müssen bis 2030 auf mind. 30% der zusätzlichen Fläche, die notwendig ist, damit eine günstige Gesamtfläche der LRTen erreicht wird (bis 2040/2050 auf mind. 60%/100% der zusätzlichen Fläche), Maßnahmen ergriffen werden, um einen günstigen Erhaltungszustand zu erreichen (Art. 4 Abs. 4). Das betrifft nach aktuellem Stand zusätzliche Wald-LRT-Fläche im Umfang von circa 4.000 bis 21.000 Hektar, insbesondere Eichen- und Auwälder.

Artikel 12

Wiederherstellung von Waldökosystemen

Der Artikel 12 befasst sich grundsätzlich mit der Wiederherstellung von Waldökosystemen und verpflichtet die Mitgliedstaaten (nicht die einzelnen Flächeneigentümer), zusätzlich zu Artikel 4 weitere Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität zu ergreifen, z. B. durch (bestehende) Förderprogramme zur Steigerung von Waldstruktur und Resilienz.

Da es keine generelle und EU-weite Methode zur Bewertung des Zustands von Waldökosystemen gibt, wurden in der Verordnung keine spezifischen Ziele für Waldökosysteme festgelegt. Stattdessen soll die Verbesserung der biologischen Vielfalt in Waldökosystemen über Indikatoren erfasst werden. Für mindestens sieben von acht Indikatoren (Waldvögel, stehendes und liegendes Totholz, der Anteil der Wälder mit uneinheitlicher Altersstruktur, Waldvernetzung, Vorrat an organischem Kohlenstoff, Anteil der Wälder mit überwiegend heimischen Baumarten, die Vielfalt der Baumarten) verlangt die W-VO, dass die Mitgliedsstaaten einen „positiven Aufwärtstrend“ erreichen, bis ein sog. „zufriedenstellendes Niveau“ erreicht ist. Dieses „zufriedenstellende Niveau“ müssen die Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2030 festlegen.



Monitoring

Die Überwachung und Berichterstattung zur Entwicklung der Indikatoren erfolgt auf nationaler Ebene. Es wird nicht nach Flächeneigentümern (öffentlich/privat) unterschieden. Dafür werden v.a. die Daten der Bundeswaldinventur, Kohlenstoff-Inventur und Bodenzustandserhebung genutzt. Für das Monitoring des Waldvogelindikators sollen bestehende Erhebungen des Verbandes der Avifaunisten verwendet werden.

Offene Fragen

1. Es stellt sich die Frage, welche Referenz für einen „guten Zustand“ gelten soll, der „wiederherzustellen“ ist. Dieser wird von der W-VO nicht definiert. Ein Zustand wie vor 50 oder 100 Jahren wäre wenig zielführend: Die fortschreitende Klimakrise hat erhebliche Auswirkungen auf Waldökosysteme. Entsprechend erfordert die damit verbundene Standortdrift eine Anpassung der Wälder.
2. Auch das geforderte „zufriedenstellende Niveau“ ist noch nicht definiert. Dieses soll auf nationaler Ebene bis 2030 geschehen.
3. Unklar ist, wie die naturschutzfachlichen Anforderungen an den guten Zustand von Wald-LRT so

angepasst werden können, dass die Erfordernisse des Klimawandels berücksichtigt werden, ohne dabei die Ziele des Naturschutzes auszuhöhlen. In der Verordnung selbst wird bereits anerkannt, dass unvermeidbare Veränderungen des Lebensraums, die unmittelbar durch den Klimawandel verursacht werden (z. B. extreme Wetterereignisse oder Naturkatastrophen, dauerhafte Veränderungen der Standortbedingungen), rechtfertigen, die definierten Ziele nicht zu erreichen.

4. Die Frage, ob die in der Verordnung festgelegten Verschlechterungsverbote für Lebensraumtypen und Habitate von FFH-Arten auch außerhalb der derzeit ausgewiesenen FFH- und Vogelschutzgebiete gelten, ist derzeit ungeklärt, aber von zentraler Bedeutung. Es würde Waldbesitzende und Forstleute davon abhalten, in Walddumbau und naturnahe Waldwirtschaft zu investieren, wenn sie befürchten müssten, dass sie damit ein Verschlechterungsverbot für ihre Waldflächen auslösen. Dies weckt Erinnerungen an das „FFH-Trauma“ und kann nicht im Sinne der Verordnung sein.
5. Gänzlich ungeklärt ist auch die Finanzierung. Bisher sind keine Mittel für die zusätzlichen Aufwendungen für Datenerhebung, Maßnahmen und Monitoring vorgesehen. Zu bedenken ist, dass Deutschland als Nationalstaat in der Verpflichtung ist, nicht die einzelnen Flächeneigentümer.

Gesamte Holzbodenfläche (relevant für Art. 12) und roter „Strich“ (ganz oben), der die Flächen für neue Wald-Lebensraumtypen beschreibt, relevant für Art. 4 Abs. 4 W-VO.



Das Ziel der Verordnung, eine Stabilisierung und Förderung der Resilienz unserer Wälder, ist durchaus löblich und erstrebenswert, unsere Wälder leiden unter dem menschengemachten Klimawandel. Über das „Wie“ können wir streiten, aber sachlich und wertschätzend.

Schon jetzt wird die Diskussion erbittert geführt. Bayern hat im Bundesrat einen Antrag eingereicht mit dem Ziel der Außerkraftsetzung, mindestens aber einer grundlegenden Überarbeitung der W-VO, und die AGDW hat sogar wieder eine neue Kampagne gestartet: „No Deal“.

Wie geht es weiter?

Die Mitgliedsstaaten müssen bis September 2026 den Nationalen Wiederherstellungsplan (NWP) entwickeln und bei der EU-Kommission einreichen. Mitte April erwarten wir einen ersten Entwurf des BMUKN und können uns dazu äußern.

Der BDF wird sich an der Diskussion in gewohnter Weise – sachlich, wertschätzend und konstruktiv – beteiligen. ■

Ines v. Keller
BDF-Bundesgeschäftsführerin

Konservieren, was sehenden Auges zwischen den Fingern zerrinnt?

WVO führt ins Risiko

Die Biodiversität in Deutschlands Wäldern ist nachweislich auf einem gutem Weg. Doch ausgerechnet die neue EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO) könnte die Bemühungen um den Aufbau vielfältiger Wälder gefährden. Wie kann das sein?

Ausgangspunkt ist der menschengemachte Klimawandel. Er trifft Waldökosysteme hart. Ihre Ökosystemleistungen geraten in Gefahr. Schon vor Jahren haben sich deshalb Waldbesitzer mit Unterstützung staatlicher Beratung und Förderung auf den Weg gemacht, ihr Eigentum für die nächsten Generationen zu sichern, sprich, die Wälder naturnah umzubauen und vielfältiger zu gestalten. Aus Reinbeständen entstehen Mischbestände, oft neue Lebensraumtypflächen, die für das erwartete Klima gewappnet sind. Auf nicht wenigen Standorten geraten jedoch auch Lebensraumtypen an ihre klimatischen Grenzen und zeigen dort bedrohliche Absterbeerscheinungen. Ein wichtiger Schritt ist dann die Anreicherung mit Herkünften und Baumarten, denen die Wissenschaft deutlich mehr Resilienz zutraut, die also für den Walderhalt noch am sichersten Gewähr leisten. Sie sollen die bestehenden Wälder zumeist nicht ersetzen, aber Stabilitätsanker bilden, wo das erforderlich ist. Von dem erreichten Plus an Vielfalt und Stabilität profitieren Biodiversität und Klimaschutz.

Klimaanpassung ist notwendig

Diesen vorsorgenden Blick nach vorne macht sich die WVO aber gerade nicht zu eigen! Sie fordert, den einmal festgestellten Lebensraumtyp ungeachtet der objektiv messbaren Standortdrift für alle Zukunft einzufrieren. Das Baumartenspektrum wird lebensraumspezifisch eng vorgegeben, eine flächenwirksame Ergänzung neuer Arten mit besserer Klimaprognose nicht toleriert. Waldbesitzer

können dadurch in die höchst missliche Lage geraten, dass ihre Wälder den fortwährenden Dürren nicht mehr standhalten und sich sukzessive auflösen, wissenschaftliche Standortprognosemodelle der lebensraumtypischen Hauptbaumart an diesem Ort auch gar keine langfristige Perspektive mehr zutrauen. Und doch verlangt die WVO von ihnen die Wiederherstellung dessen, was klimabedingt gerade schwindet. Zurück ins Risiko! Konservieren, was sehenden Auges zwischen den Fingern zerrinnt. Ein neues „Verschlechterungsverbot“ soll diesen für die Wälder potenziell sehr gefährlichen Pfad auch noch manifestieren.

Ohne Zweifel hat die Natur Fähigkeiten, sich selbst zu regenerieren und auf neue klimatische Bedingungen einzustellen, z.B. durch genetische Differenzierung oder Zuwanderung von Baumarten. Doch sind die dafür benötigten Zeiträume – es sind fraglos Jahrhunderte – zu lang, als dass nicht bis dahin bereits gravierende Biodiversitätsverluste infolge des Zusammenbruchs von Wäldern entstünden oder das Ausbleiben von Leistungen aus heimatlichen Wäldern irgendwie überbrückbar wäre. Es wäre unverantwortlich, darauf zu warten! Aktive Klimaanpassung ist auf weiter Fläche alternativlos, sollen nicht chaotische Waldverhältnisse einkehren, bei denen die bisher nachhaltig verfügbare Rohstoffquelle versiegt und Erholung kaum mehr möglich ist. Allein, die WVO steht im Weg. Die erfolgreichen Waldumbau-Initiativen könnten reihenweise ins Stocken geraten, während gleichzeitig die Uhr für überhaupt noch mögliche Anpassungen unbarmherzig tickt.

Die WVO läuft noch in kapitale Risiken anderer Art. Die Wiederherstellungspflichten obliegen den Mitgliedsstaaten. Die verfügen aber selbst nicht (oder nur zum Teil) über die Fläche, und obendrein nicht über die notwendigen Mittel. Denn die EU

bleibt die Finanzierung ihres multimilliarden-schweren Auftrags an die Mitgliedsstaaten schuldig. Sie legt nicht einmal den Finanzierungsbericht fristgerecht vor, der laut WVO gefordert ist. Die gleichwohl den Mitgliedsstaaten abverlangten Selbstverpflichtungen auf nationale Wiederherstellungspläne sind so gesehen ungedeckte Schecks – und zugleich ein Wagnis. Noch mehr dadurch, dass später weniger der Bund, der den Plan vorlegt, in diese Pflichten selbst eintritt. Die Pflichten treffen vielmehr in erster Linie die für den Naturschutz zuständigen Länder, deren Zustimmung aber gar nicht abgefragt wird. Geld und Personal für die neue, obendrein sehr bürokratielastige Aufgabe werden dort dramatisch fehlen. Auf solch ein Fundament kann man einen EU-rechtlichen Naturschutzauftrag dieser Kategorie und Größenordnung nicht seriös gründen.

Die bzgl. Zerrissenheit unter den Entscheidungsträgern mehr als denkwürdig zustande gekommene WVO ist mit dem respektablen Ziel angetreten, Europas Natur zu retten. So eminent wichtig dieses Ziel ohne jeden Zweifel ist, der gewählte Ansatz führt teilweise fahrlässig in die falsche Richtung und gefährdet unsere Wälder. Die WVO braucht einen Neustart, bevor Schaden entsteht. Die Bayerische Staatsregierung hat sich für eine Außerkraftsetzung, mindestens aber für eine unverzügliche, grundlegende Überarbeitung der WVO ausgesprochen und eine Bundesratsinitiative gestartet. ■

*Dr. Stefan Nüßlein
Referatsleiter Forstpolitik und Umwelt
Bayerisches Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft, Forsten und Tourismus*

EU-Wiederherstellungsverordnung in der praktischen Umsetzung *SDW* setzt auf Dialog



Es sind besonders die Wald-Ökosysteme, die für uns alle unerlässliche Funktionen und Leistungen erfüllen und damit unsere Lebensgrundlagen sichern. Während klimatischer Veränderungen und Krisen der Biodiversität zeigen primär intakte Ökosysteme eine hohe Resilienz.

Ein Blick auf unsere Umwelt genügt, um festzustellen: Es besteht hier Handlungsbedarf. An dieser Stelle will die europäische Wiederherstellungsverordnung ansetzen, die sich neben vielen anderen Schwerpunkten auch mit dem Wald befasst. Gerade die angestrebte Waldmehrung und -vernetzung betrachte ich als große Chance für unsere Umwelt. Die SDW setzt sich für die Erhaltung des Waldes und der Landschaft mitsamt ihren vielfältigen ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Funktionen ein. Deshalb unterstützen wir auch die Ziele der W-VO. Aber: Die großen Herausforderungen für die Waldbesitzenden, allem voran der Waldbau hin zu klimaanpassungsfähigen Wäldern, wer-

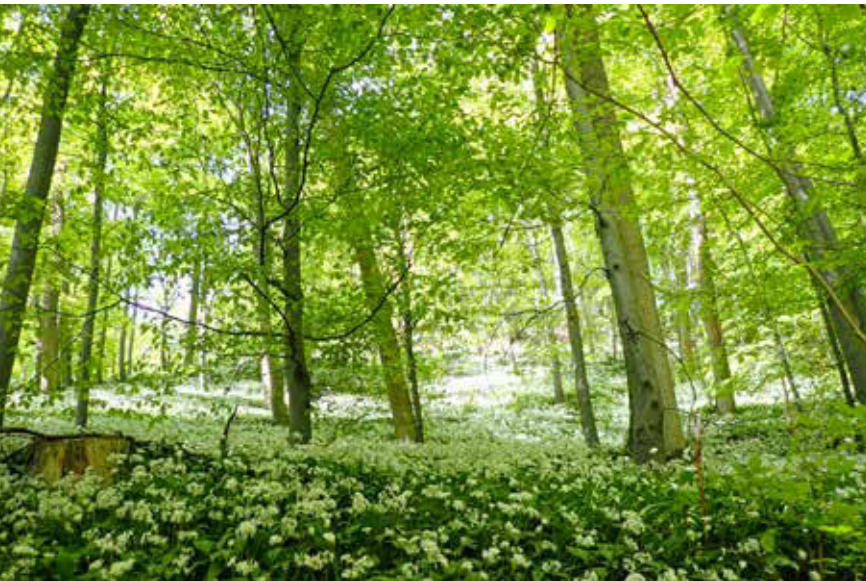
den zwar im Verordnungstext adressiert, aber wie eine praxisnahe Umsetzung erfolgen und wie Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer mitgenommen und eingebunden werden können, wird nicht betrachtet.

Damit die Umsetzung der Verordnung der Praxis gerecht werden kann und alle Argumente gehört werden, veranstaltet die SDW verschiedene Dialogformate zur W-VO, je für Privat-, Kommunal- und Staatswald. Bei ergebnisoffenen Gesprächen mit Akteuren aus der Fläche wollen wir Chancen, Kritik und Forderungen aufnehmen und zwischen Politik und Praxis vermitteln. Wir erhoffen uns dadurch einen konstruktiven Dialog und wollen einen wichtigen Beitrag für unsere Wälder leisten. ■

*Ursula Heinen-Esser
Präsidentin Schutzgemeinschaft Deutscher Wald
Bundesverband e. V.*

In Zeiten des Klimawandels:

Waldlebensraumtypen



*Buchen-Lebensraumtyp,
Burgberg bei
Holzminden Neuhaus*

Lebensraumtypen (LRT) sind ein zentrales Schutzgut der FFH-Richtlinie zur Sicherung der Artenvielfalt in der EU, da sie die (historisch) natürlichen Waldgesellschaften Europas repräsentieren sollen. Es gilt ein generelles Verschlechterungsverbot. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet, einen „günstigen Erhaltungszustand“ der LRT durch geeignete Maßnahmen zu wahren oder wiederherzustellen.

Ökosysteme unterliegen natürlichen Veränderungen. Unstrittig ist, dass die anthropogen verursachten Umweltveränderungen massiv und vielschichtig sind und die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der LRT erheblich erschweren. So wird seit längerem – nicht nur aus der forstlichen Praxis – festgestellt, dass z. B. Grundwasserabsenkungen oder hohe Stickstoffeinträge von den LRT-Zielen abweichende sukzessionale Prozesse stark begünstigen, sodass die Ziele nur durch intensive Maßnahmen und Eingriffe zu halten oder zu erreichen sind bzw. wären (z. B. Eichen-LRT, Kiefern-Flechten-LRT). Teilweise muss gegen eigentlich wünschenswerte Entwicklungs-Prozesse gearbeitet werden.

Hinzu kommen die fortschreitenden klimatischen Veränderungen, die vielfach schneller sind als die natürlichen. Bereits in wenigen Jahrzehnten könnte die Temperatur-Ränge der nacheiszeitlichen Waldentwicklung mit dem entstandenen heutigen heimischen Baumartenportfolio überschritten werden. Die Anpassungsfähigkeit etablierter LRT kann dadurch lokal überfordert sein, auch wenn ihr Erhaltungszustand derzeit noch günstig erscheint. Die Vehemenz möglicher Veränderungen spiegelt sich auch in PNV-Modellierungen wider, die erhebliche Verschiebungen hin zu Flaumei-

chen-Mischwäldern ergeben. Zu erwarten sind u. a. deutliche Arealverschiebungen, Phänologieänderungen, veränderte Konkurrenzverhältnisse sowie das Einwandern neuer Arten.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Wiederherstellungsverordnung der EU (WVO) besondere Bedeutung. Sie fordert einerseits die Erholung von Ökosystemen mit dem Ziel der Verbesserung der Strukturen und Funktionen und der Biodiversität, knüpft jedoch weiterhin stark an den günstigen Erhaltungszustand von LRT und an bestehende Berichtssysteme an. Gleichzeitig adressiert sie übergeordnete (!) Ziele zur Klimaanpassung (!). Daraus entstehen Zielkonflikte zwischen statischer Zustandsorientierung und dynamischer Anpassungsfähigkeit.

Eine evidenzbasierte Neubewertung der LRT-Ziele und der Managementansätze wird bereits seit geraumer Zeit diskutiert und ist jetzt unabdingbar. Dynamische, zukunftsgerichtete Konzepte sind nun geboten und sollten unbedingt vor der Festlegung konkreter Zielgrößen und Flächenkulissen eingeführt werden. Die fortschreitende Standortdrift betrifft auch LRT unterschiedlich stark – sie sollten deshalb nur dort als verbindliches Ziel beschrieben werden, wo eine langfristige Sicherung realistisch erscheint. Zudem bedarf es einer klaren Auslegung der Bestimmung der WVO, wann Veränderungen als unmittelbar klimawandelbedingt und damit unvermeidbar gelten.

Im Sinne der Naturschutzbelange ergeben sich folgende Ansatzpunkte:

- Standort- und Vegetationsdaten mit aktuellen Klimamodellierungen verknüpfen
- Zustandsbewertung stärker adaptiv gestalten, Übergangsformen stärker berücksichtigen
- Strukturen und Funktionen vor statischen Zuständen priorisieren
- Jüngere, anpassungsrelevante Bestandesphasen höher gewichten
- Pflegeabhängige und kulturfolgende LRT kritisch prüfen

Mit einer solchen Weiterentwicklung gilt es zu verhindern, dass Ressourcen in nicht zukunftsfähigen Zuständen gebunden werden und Zielkonflikte zwischen Biodiversitätsschutz und Klimaanpassung weiter zunehmen. ■

Dr. Hans-Martin Hauskeller

*AL Wald und Umwelt Nieders. Landesforsten
Vorsitz DFWR Ausschuss für Klimaschutz und Biodiv.*

Zusammenarbeit zwischen BDF und NABU intensiviert

Nur *gemeinsam!*

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) beabsichtigen, ihre Zusammenarbeit künftig zu intensivieren. Ziel ist es, gemeinsame Interessen stärker in den Fokus zu rücken und verbindende Ansätze auszubauen, anstatt Differenzen zu betonen.

Ein erstes Treffen fand im August 2025 im Stadtwald Wolfsburg bei Dirk Schäfer statt. Seitens des NABU nahmen Präsident Jörg-Andreas Krüger, Christian Unselt (NABU Stiftung) sowie Waldreferent Sven Selbert teil. Den BDF vertraten zusätzlich Martin Krüger und Ines von Keller.

Im Rahmen des Treffens wurde u.a. dieses Kooperationsfeld identifiziert:

Weiterentwicklung des Schutzgebietsmanagements im Klimawandel

Ein wesentliches Dialogthema stellt die derzeitige, Ausgestaltung der Lebensraumtypen (LRT) in FFH-Gebieten dar, die durch Erhaltungsgebote bzw. Verschlechterungsverbote bezogen auf einen vordefinierten Zustand geprägt ist. Da diese Regelungen auf europäischen Rahmenvorgaben der FFH-Richtlinie basieren, sind sie national nur begrenzt gestaltbar. Angesichts fortschreitender Auswirkungen des Klimawandels – wie Extremwetterlagen, Dürreperioden und sinkenden Grundwasserständen – sieht sich die forstliche Praxis hier zunehmend im Konflikt: Wir stehen vor der Herausforderung, Ökosystemleistungen aber auch konkrete Zustände bewahren zu müssen, welche sich unter den veränderten klimatischen Bedingungen langfristig möglicherweise nicht mehr natürlich einstellen würden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Spielräume in der bestehenden FFH-Richtlinie bereits bestehen, welche in Auslegung und Praxis



noch gehoben werden können oder wie das Konzept der Lebensraumtypen auch weiterentwickelt werden könnte. Die Fachdebatte kreist derzeit vor allem um Optionen einer stärkeren Dynamisierung des LRT-Konzeptes, um klimabedingte Veränderungen (Standortdrift) auch innerhalb von Schutzgebieten berücksichtigen zu können.

BDF und NABU haben daher vereinbart, den Diskussionsprozess in diesem Jahr gemeinsam zu vertiefen. Den Auftakt bildet ein Fachworkshop im Juni, gefolgt von einer öffentlichen Veranstaltung im Herbst. Ziel ist es, relevante Interessengruppen einzubeziehen und neue Lösungsansätze für ein adaptiv-dynamisches, aber dabei trotzdem verbindliches Schutzgebietsmanagement auszuloten. Idealerweise dient dies der Findung einer abgestimmten, gemeinsamen und praxisrelevanten Positionierung der Sektoren Forstwirtschaft und Naturschutz insgesamt. Diese böte Orientierung für fortlaufende Fragen in der Umsetzung sowie bei der möglichen Weiterentwicklung des europäischen, nationalen und föderalen Regelungsrahmens.

BDF und NABU sehen in der vertieften Zusammenarbeit eine wichtige Grundlage, um den aktuellen Herausforderungen im Wald stärker gemeinsam zu begegnen. Beide Seiten sind überzeugt, dass tragfähige Lösungen nur im Dialog zwischen Forstwirtschaft und Naturschutz entwickelt werden können. ■

*Bild links:
Treffen im Stadtwald Wolfsburg: Sven Selbert, Christian Unselt, Ines v. Keller, Jörg-Andreas Krüger, Dirk Schäfer, Martin Krüger (vI)*

*Bild oben:
Eichen-Lebensraumtyp, Braken Harsefeld*



Vertiefende fachliche Hintergründe sind im Positionspapier des Bundesamtes für Naturschutz „Wälder im Klimawandel – mehr Anpassungsfähigkeit durch mehr Vielfalt“ dargestellt. Abrufbar unter:



Ines v. Keller
BDF-Bundesgeschäftsführerin

Dialog statt Distanz

Die Europäische Umweltpolitik definiert wichtige Rahmenbedingungen für den Umgang mit dem Wald und damit auch für unsere tägliche Arbeit im Wald. Gleichzeitig fühlen sich viele Forstleute mit ihren praktischen Erfahrungen in Brüssel wenig gehört. Um besser zu verstehen, wie die Kolleginnen und Kollegen in Brüssel arbeiten, haben wir mit Stefanie Schmidt, einer leitenden Mitarbeiterin der EU-Kommission, gesprochen. Sie erklärt, welche waldrelevanten Themen die Kommission aktuell behandelt, wie externe Expertise einfließt und wo sie Chancen für einen stärkeren Austausch mit der forstlichen Praxis sieht.

1. Frau Schmidt, bevor wir über die Arbeit der Generaldirektion Umwelt sprechen: Würden Sie sich unseren Leserinnen und Lesern kurz vorstellen? Was war Ihr beruflicher Weg, und wie sind Sie zu Ihrer heutigen Aufgabe in der EU-Kommission gekommen?

Ich habe mich schon immer für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen interessiert. Nach Studienschwerpunkten in Naturwissenschaften und Umweltpolitik habe ich meinen Abschluss im Bereich nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen gemacht. Allerdings mit Fokus auf marine Ressourcen, was mich bei Beginn meiner Tätigkeit in der Kommission zuerst in die GD MARE geführt hat. Nach 16 Jahren „im Wasser“ hatte ich 2022 die Gelegenheit, zur GD Umwelt zu wechseln und dem Waldteam beizutreten, zunächst als Referentin und jetzt als Teamleiterin. Während es viele Unterschiede zwischen Ozean und Wäldern gibt, gibt es auch Gemeinsamkeiten hinsichtlich nachhaltiger Bewirtschaftung. Hier tragfähige Lösungen zu finden, war schon immer ein treibender Faktor für meine beruflichen Ambitionen.

2. Können Sie kurz skizzieren, welche Aufgaben die Generaldirektion Umwelt in der EU-Kommission hat und welche Themen Sie und Ihr Team in der Unit D1 Land Use & Management verantworten?

Die GD Umwelt leitet die Entwicklung und Umsetzung der Umweltpolitik der Europäischen Kommission, schützt, bewahrt und verbessert die Umwelt für heutige und künftige Generationen und fördert eine nachhaltige Entwicklung, die sich in drei konkreten Zielen für das Forstteam niederschlägt.

- 1) Erhaltung der europäischen Waldökosysteme und Verbesserung ihrer Fähigkeit, ihre wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Funktionen heute und in Zukunft zu erfüllen.
- 2) Erhöhung der Quantität und Qualität der Wälder in der EU und ihrer Gesundheit und Widerstandsfähigkeit, auch gegenüber Waldbränden.
- 3) Umsetzung der neuen EU-Forststrategie und der Waldziele der EU-Biodiversitätsstrategie.

3. Welche politischen Leitlinien bestimmen Ihre tägliche Arbeit?

Ein zentrales Ziel dieser Kommission besteht darin, den Verwaltungsaufwand zu verringern, die Rechtsvorschriften zu vereinfachen und den EU-Acquis einem Stresstest zu unterziehen. Im Bereich Umweltpolitik haben wir im Dezember ein Paket zur Vereinfachung vorgelegt, mit Schwerpunkt auf den Rechtsrahmen für Abfall, Produk-

te, Industrieemissionen und Kreislaufwirtschaft. Darüber hinaus haben wir mit einer Bewertung der Nitratrichtlinie begonnen und bereiten Stresstests weiterer Umweltvorschriften vor, einschließlich der Wassergesetzgebung, der Vogelschutzrichtlinie und der Habitatsrichtlinie. Gleichzeitig bleibt die Umsetzung des Grünen Deals und der EU-Ziele für 2030, und damit auch der Forststrategie und der Biodiversitätsstrategie, weiterhin Priorität für die Kommission und damit auch für die GD Umwelt.

4. Ein Blick in die Praxis: Wie läuft ein umweltpolitisches Gesetzgebungsvorhaben, das den Wald betrifft, ab – und an welcher Stelle kommen forstliche Belange ins Spiel?

Nehmen wird die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur als Beispiel. Nach Annahme des NRL in 2024 sind die Mitgliedstaaten nun die treibende Kraft, um dieses Gesetz so umzusetzen, dass es den lokalen Kontext widerspiegelt und sicherstellt, dass es für die Natur, die Menschen und unsere Wirtschaft funktioniert. Wir unterstützen die Mitgliedsstaaten und regionalen Behörden in diesem Prozess auf mehreren Ebenen, mittels Leitlinien, Beratung und Beistand nach Bedarf. Es ist ein wirklich kollaborativer Prozess.

Die Verordnung sieht vor, dass die Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass die einschlägigen Interessenträger, einschließlich Förster, in die Ausarbeitung von Wiederherstellungsplänen einbezogen werden. Lokale Expertise und praktische Erfahrung sind von entscheidender Bedeutung für die Konzipierung wirksamer Maßnahmen. Die Verordnung gibt den Mitgliedsstaaten viel Flexibilität bei der Auswahl von Maßnahmen, die den lokalen und regionalen Gegebenheiten am besten entsprechen, und verfolgt einen schrittweisen Ansatz, der es ermöglicht, die dabei gewonnenen Erkenntnisse zu nutzen.

Auf EU-Ebene sind Forstakteure und Interessenträger in der Expertengruppe für die Verordnung vertreten, und forstspezifische Diskussionen finden auch in den fachlichen Expertengruppen statt. Wir sind bestrebt, mit allen Interessenträgern im Dialog zu stehen und gute Beispiele für den Einsatz einzelner Akteure für die Wiederherstellung der Natur sowie die damit verbundenen Vorteile für die wirtschaftlichen Sektoren aufzunehmen und weiter zu kommunizieren.

5. Wie beziehen Sie externen Sachverstand ein – insbesondere wissenschaftliche Expertise oder Erfahrungen aus der forstlichen Praxis in den Mitgliedsstaaten?

Externes Fachwissen wird im Politik-Lebenszyklus in al-

len Phasen miteinbezogen. Legislativvorschläge der Kommission sind Gegenstand gründlicher Folgenabschätzungen, die eine umfassende Konsultation der Interessenträger mit wissenschaftlichen Erkenntnissen kombinieren und eine sorgfältige Analyse des Mehrwertes und der Subsidiarität umfassen, um die Notwendigkeit und die Art des legislativen Eingreifens auf EU-Ebene vorab zu bewerten.

Im Rahmen von öffentlichen Konsultationen laden wir Experten, Interessenträger und Akteure ein, von Beginn der Entwicklung einer Initiative an einen Beitrag zu leisten. Darüber hinaus konsultiert die Kommission im Rahmen verschiedener Expertenarbeitsgruppen Interessenträger und Mitgliedsstaaten zu forstpolitischen Fragen.

6. In der Forstbranche wird oft bemängelt, dass Brüssel zu wenig den forstlichen Hintergrund kennt. Wie gehen Sie mit dieser Kritik um?

Kritik nehmen wir immer ernst. Wie wir damit umgehen, hängt von ihrer Natur ab. Falschinformation und Desinformation sind zunehmend ein Thema, auch wenn es um EU-Politik geht. Der erste Schritt wird also sein, die Hintergründe und die Motivation dafür zu verstehen, um sicherzustellen, dass wir effektiv darauf reagieren können.

Hinsichtlich forstlicher Expertise möchte ich darauf hinweisen, dass wir in unserem Team und auch in anderen Teilen der Kommission sehr wohl auch Förster haben. Dazu kommen Kollegen mit komplementärer Erfahrung und Fachwissen, in meinem Fall zum Beispiel geschult darin, die Herausforderungen, „Schutz“ und „Produktion“ miteinander in Einklang zu bringen. Wichtig ist, dass wir verstehen, was in der Branche vor sich geht, und über die Fähigkeiten verfügen, alle Blickwinkel und Interessen in einer kohärenten Politik widerzuspiegeln. Damit wir das gesamte benötigte Fachwissen aus erster Hand erhalten können, haben wir Expertengruppen und setzen einen Schwerpunkt auf Austausch und Dialog. Dies ist besonders wichtig in einem Sektor wie der Forstwirtschaft, der innerhalb der EU und sogar innerhalb der Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich sein kann.

7. Was kann aus Ihrer Sicht getan werden, um den Dialog zwischen der Generaldirektion Umwelt und der forstlichen Praxis zu verbessern? Wo können Forstverbände wie der BDF ihre Expertise frühzeitig und wirkungsvoll einbringen?

Von der Ankündigung einer Initiative im Jahresarbeitsprogramm der Kommission bis hin zu ihrer Entwicklung, Annahme und Umsetzung, gibt es immer wieder Gelegenheit sich einzubringen.

Ich lade den BDF herzlich ein, Ansichten und Fachwissen, zum Beispiel im Rahmen öffentlicher Konsultationen zu forst- und forstpolitischen Maßnahmen, einzubringen und ihrer Stimme durch ihre Vertreter in den verschiedenen Expertengruppen, die wir haben, Gehör zu verschaffen. Es gibt auch immer die Möglichkeit, sich unabhängig von Konsultationsverfahren schriftlich an uns zu wenden oder sich persönlich im Rahmen eines

Treffens auszutauschen. Zusammenarbeit und Dialog sind ein Grundprinzip unserer Arbeit.

8. Woran arbeitet Ihr Team aktuell?

Die Umsetzung der Forststrategie ist nach wie vor eine unserer Hauptaufgaben. Hier beschäftigen wir uns zur Zeit vor allem mit der vorgegebenen Überprüfung der Strategie, um ihre Umsetzung zu bewerten und festzustellen, ob zur Verwirklichung ihrer Ziele weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Darüber hinaus hat die Kommission soeben eine Mitteilung zur Förderung eines integrierten Waldbrandmanagements veröffentlicht. Wir bereiten nun die Umsetzung vor und treten in einen Dialog mit Mitgliedstaaten und Regionen, um zu erörtern wie wir beispielsweise ergänzende Maßnahmen vor Ort unterstützen können. Parallel dazu sind wir an der Umsetzung anderer Politiken und Vorgaben mit forstlichem Bezug beteiligt, wie der Bioökonomie-Strategie oder der Verordnung zur Wiederherstellung der Natur.

9. Was liegt Ihnen persönlich besonders am Herzen, wenn es um den Wald geht?

Dass Wälder all die großartigen Dienstleistungen und Produkte bieten können, die sie als gesunde, widerstandsfähige und multifunktionale Ökosysteme haben! Ich verbringe regelmäßig Zeit im Fôret de la Soigne, ein Buchenwald mit einer Gesamtfläche von rund 5.000 Hektar. Biodiversität und Freizeitwert stehen an vorderster Front, aber der Wald wird auch für die Holzgewinnung bewirtschaftet, teilweise in Anbindung an lokale Wertschöpfungsketten. Dabei wird auf kontinuierliche Waldbedeckung und Einzelbaumauswahl zusammen mit dem Erhalt von Totholz und Lebensraumbäumen gesetzt, um diesen Wald als vielfältiges und vielschichtiges Ökosystem zu fördern. Für mich ist es ein gutes Beispiel für die Kombination verschiedener politischer Ziele und Interessen.

10. Zum Schluss: Was wünschen Sie sich von uns Forstleuten, um die gemeinsame Arbeit an den europäischen Wald- und Umweltzielen zu stärken?

Zunächst möchte ich mich für die Gelegenheit bedanken ein wenig mehr Einblick in unsere Arbeit und Perspektive geben zu können. Gegenseitiges Verständnis ermöglicht einen konstruktiven Austausch.

Ihre praktische Erfahrung und Ihr Fachwissen sind für uns sehr wertvoll. Wir würden uns über Beispiele, wie sich im Rahmen naturfreundlicher Bewirtschaftungspraktiken Umweltambitionen mit wirtschaftlichen Interessen vereinen lassen, sehr freuen. Was funktioniert in der Praxis, was nicht? Was erleichtert oder erschwert Handeln vor Ort? Wir freuen uns auf Ihr Feedback zu diesen oder anderen Themen, die Sie ansprechen möchten. ■

*Das Interview führte Matthias Schmitt
(stv. BDF-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der AG Europa).*

Subsidiaritätsprinzip und ein Netz von Gremien: Brüssel: das „Forest Regime“



Die Wälder in Europa zeichnen sich durch ihre Vielfalt aus. Von den borealen Nadelwäldern Skandinaviens über die alpinen oder atlantisch geprägten Wälder in Zentral- und Westeuropa bis hin zu den mediterranen Wäldern Südosteuropas – sie alle erfüllen unterschiedliche Funktionen und sind weitgehend Teil der vom Menschen seit Jahrhunderten gestalteten Kulturlandschaft und geprägt von diversen Eigentumsverhältnissen. So haben sich in ganz Europa ein regional differenzierter Erfahrungsschatz und an örtliche Verhältnisse und Anforderungen angepasste Waldbewirtschaftungskonzepte etabliert. Die Expertise über eine nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung berücksichtigt dabei ökonomische wie auch ökologische und soziale Funktionen der Wälder.

Vor diesem Hintergrund tragen in der Europäischen Union die Mitgliedsstaaten die Verantwortung für den Schutz, den Erhalt und die Bewirtschaftung ihrer Wälder und damit für die Waldpolitik. Die EU-Kommission besitzt gemäß des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) im Gegensatz zur Landwirtschaft nicht die Zuständigkeit, eine gemeinsame EU-Waldpolitik zu formulieren, die für die EU-Mitgliedsstaaten rechtlich bindend und unmittelbar umzusetzen ist. So ist für die europäische Waldpolitik das Subsidiaritätsprinzip von besonderer Bedeutung: Die EU ist nur dann befugt, tätig zu werden, wenn Ziele auf nationaler Ebene nicht ausreichend erreicht werden können und eine Zielerreichung auf EU-Ebene geeigneter ist. Dieses die Eigenverantwortung stärkende Prinzip gilt für alle Organe der Europäischen Union. Die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips ist ein Schlüssel für eine erfolgreiche Waldpolitik in der EU, die die Zuständigkeit waldbezogener Prozesse in die Hände derer legt, die vor Ort die Expertise, Verantwortung und Kompetenz für die Waldbewirtschaftung haben.

Darüber hinaus existieren weitere politische Prozesse sowie Forschungsinstitute, die sich in ihrer Arbeit dem Schutz, Erhalt und der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern verschrieben haben. Auf pan-europäischer politischer Ebene, die über die Mitgliedsstaaten der EU hinausgehen, ist dies der Fo-

rest Europe Prozess und auf der wissenschaftlichen Ebene das Europäische Forstinstitut, auf internationaler Ebene das Waldforum der Vereinten Nationen. In Gänze ergibt sich so ein verwobenes Netz an Gremien, das die walddpolitischen Themen und Belange bearbeitet: das sogenannte „Forest Regime“.

Auch wenn es im Rahmen des AEUV keine formale Zuständigkeit der EU für eine gemeinsame europäische Waldpolitik gibt, werden walddrelevante und walddbezogene Aktivitäten auf EU-Ebene zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission eng koordiniert. Grundlage für diese Koordinierung und Umsetzung von walddrelevanten und walddbezogenen Aktivitäten auf EU-Ebene ist die zuletzt 2021 fortgeschriebene EU-Waldstrategie für 2030.

Darüber hinaus üben eine Reihe weiterer EU-Politiken Einfluss auf die Wälder und die Walddbewirtschaftung in der EU aus, so zum Beispiel die im Rahmen des EU-Green Deals beschlossenen Strategien und Verordnungen. Die zunehmenden Ansprüche der Gesellschaft und anderer Politikbereiche auf den Wald haben zur Folge, dass walddbezogenen Politiken und Strategien auf EU-Ebene zunehmend aufsplintern und weniger kohärent werden. Die Bedeutung der EU-Waldstrategie liegt damit auch darin, diese vielfältigen und z. T. konträren Ansprüche an den Wald aus den verschiedenen EU-Politikbereichen in Einklang zu bringen und einen Rahmen abzustecken, in denen unter Wahrung der Subsidiarität und Zuständigkeit walddpolitische Maßnahmen gemeinsam vorangebracht werden können.

Bei der Gestaltung der europäischen Waldpolitik setzt sich das BMLEH unter der strikten Wahrung des Subsidiaritätsprinzips dafür ein, dass eine nachhaltige, multifunktionale Walddbewirtschaftung in der EU die ökonomischen, ökologischen und sozialen Funktionen der Wälder fördert und sichert. Denn sie stellt einen wichtigen Motor für nachhaltige Wertschöpfung im ländlichen Raum in allen Mitgliedsstaaten dar. Hierzu sehen wir in der Umsetzung der EU-Waldstrategie allerdings noch Nachholbedarf, weswegen wir die Arbeitsschwerpunkte Resilienz der Wälder und forstliche Bioökonomie auf EU-Ebene verstärkt voranbringen wollen. Um eine entsprechend kohärente Politik der EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu erreichen, setzen wir uns daher zudem für eine Stärkung des Ständigen Forstausschusses ein. ■

*Dr. Thomas Baldauf, Steven Dörr
BMLEH, Referat für Europäische und
Internationale Waldpolitik*

Die UEF wünscht sich eine offene Diskussion auf europäischer Ebene

Waldstrategie 2030

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere Mitglieder des Bund Deutscher Forstleute, ich danke Ihnen für die erneute Möglichkeit, für Ihr Magazin zu schreiben und Informationen über die Tätigkeit der Union of European Foresters auf Ebene der Europäischen Union zu teilen, aber auch Beobachtungen und Überlegungen darzulegen.

Wir befinden uns in der Mitte der Laufzeit der Waldstrategie 2030. Stellen wir uns die Frage: Werden ihre Annahmen umgesetzt? Oder sagen wir heute mit zeitlichem Abstand, dass ihre Ziele falsch gesetzt waren? Die Europäische Kommission bereitet sich auf eine solche Bewertung vor. Zu diesem Zweck hat sie das in Brüssel ansässige Beratungsunternehmen Milieu Consulting mit der Erstellung eines Berichts beauftragt. Inoffiziell haben wir ihn im Oktober erhalten. Darin heißt es: „Die Überprüfung sollte sich insbesondere auf die Ziele, Vorgaben, Maßnahmen und Leitlinien der EU zur Wiederherstellung von Waldökosystemen, zu Gesundheit, Biodiversität und Klimawandel konzentrieren und alle verfügbaren Schwellenwerte/Bandbreiten aus relevanten Quellen in den EU-Mitgliedsstaaten prüfen. Diese Aufgabe wurde mittels drei Hauptmethoden umgesetzt: Literaturrecherche, Datenerhebung sowie Analyse bestehender Kriterien und Indikatoren einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.“

Anpassung der Waldstrategie

Wir warten weiterhin auf eine offene und ernsthafte Diskussion. Wir erklären unsere Bereitschaft zur Teilnahme, etwa im Rahmen der bei der Kommission tätigen Beratungsgruppen. Wir hoffen, dass die Europäische Kommission diese Diskussion offen führen wird. Wir wollen weiterhin erörtern und Antworten darauf erhalten, welche der in der Waldstrategie vorgesehenen Maßnahmen notwendig sind und welche aus heutiger Sicht in EU-Ländern, die ihre Wälder seit Jahrzehnten nachhaltig bewirtschaften, möglicherweise nicht mehr von Bedeutung sind. Zur Erinnerung: Zu den in der Strategie genannten Maßnahmen gehören unter anderem die Pflanzung zusätzlicher 3 Milliarden Bäume, das Monitoring von Waldflächen, die EUDR, die Einführung finanzieller Anreize für Bewirtschafter und Eigentümer sowie die Zertifizierung.

Die Länder der Europäischen Union verfügen über 4 % der weltweiten Waldfläche – etwa 160 Millionen Hektar. Wir sind der einzige Kontinent weltweit, auf dem die Waldfläche seit Jahrzehnten zunimmt. In anderen Regionen der Welt hingegen werden jährlich 10 Millionen Hektar Wald unwiederbringlich

abgeholzt. Wo also sollten wir unsere – auch europäischen – Anstrengungen konzentrieren?

Die Europäische Umweltagentur hat eine neue Website zum Nature Restoration Regulation Reference Portal gestartet. Die Website bietet einen Überblick über Informationen, die von den Mitgliedsstaaten zur Verordnung zur Wiederherstellung der Natur veröffentlicht wurden, einschließlich Angaben zu öffentlichen Konsultationen. Dieses Recht sorgt zunehmend für Bedenken im Zusammenhang mit zusätzlichen Verpflichtungen bei gleichzeitig eingeführten Einschränkungen der Holznutzung. Es gibt Signale, dass hierzu eine Diskussion möglich ist.

Seit vielen Jahren (mindestens seit 2018) vertritt die UEF deutlich den Standpunkt, dass ohne angemessene Ausgleichszahlungen für Waldflächen eine Bewirtschaftung der Wälder, auf die immer neue Anforderungen auferlegt werden, nicht möglich sein wird.

Dieser Gedanke wurde unter anderem am 15. Januar in Berlin während der vom Deutschen Forstwirtschaftsrat organisierten Konferenz sehr deutlich hervorgehoben.

Der Prozess Forest Europe nähert sich nach der erfolgreichen deutschen Präsidentschaft, die mit der Konferenz in Bonn im Oktober 2024 abgeschlossen wurde, unter schwedischem Vorsitz dem Abschluss einer weiteren Periode. Die für die Konferenz in Stockholm vorbereiteten Dokumente klingen aus Sicht von Forstleuten vieler Länder gut. Wir haben an dieser Diskussion teilgenommen. Darin wird unter anderem die unbestreitbare Rolle der nachhaltigen Waldbewirtschaftung (SFM) deutlich betont.

Die Unterzeichnerstaaten des Prozesses haben eine Diskussion über eine Änderung der Finanzierungsgrundsätze begonnen. Wir hoffen, dass dies die Kontinuität des Prozesses nicht gefährden wird. Wir warten ebenfalls auf den Bericht „State of Europe's Forests“, der mit leichter Verzögerung im März veröffentlicht werden sollte.

Wir sehen, wie sich die Welt unaufhörlich und immer schneller verändert. Ein starkes Europa ist die einzige reale Chance, mit der Welt Schritt zu halten und nicht nur Zuschauer der Geschichte zu werden. Von unserer Seite aus setzen wir uns dafür ein, dass die europäische Forstwirtschaft, die die Rechte der Natur und der Gemeinschaften respektiert, Teil eines starken Europas ist. ■

*Tomasz Markiewicz,
Präsident, Union of European Foresters*

Website



Ein starkes Netzwerk für Europas öffentliche Wälder:

20 Jahre EUSTAFOR



Foto links:
Forestry House Flagge,
Brüssel

Foto rechts:
Staatsforstenkonferenz,
Spanien

Im Jahr 2026 begeht der Verband der Europäischen Staatsforstbetriebe (EUSTAFOR) sein 20 jähriges Bestehen. Seit 2006 vertritt der Verband staatliche Forstorganisationen, die rund 30 % der europäischen Wälder verantworten und nachhaltige Waldbewirtschaftung, Holzproduktion, Klimaschutz und Biodiversität miteinander verbinden. EUSTAFOR gilt heute als gut koordinierte und verlässliche Stimme der öffentlichen Wälder in Brüssel.

Zentrale Aufgaben: Politik, Praxis und Plattform

EUSTAFOR analysiert politische Rahmenbedingungen der EU, bringt forstliche Expertise in laufende Gesetzgebungsverfahren ein und stellt sicher, dass praktische Erfahrungen der staatlichen Forstbetriebe in Gesprächen mit Parlament, Kommission und Rat berücksichtigt werden. Durch Positionspapiere, Konsultationsbeiträge und direkte Gespräche mit Entscheidungsträgern trägt der Verband dazu bei, Waldbewirtschaftung in Klima-, Biodiversitäts- und Bioökonomiestrategien der EU realitätsnah auszurichten.

Ein besonderer Arbeitsort ist das **Forestry House** in Brüssel. Hier befindet sich nicht nur die Geschäftsstelle von EUSTAFOR, sondern auch weitere forstpolitische Akteure. Das Haus dient als Begegnungs- und Koordinationszentrum, in dem Austauschformate, Fachgespräche und die Abstimmung gemeinsamer Positionen stattfinden – und von wo aus der direkte Draht zu den EU-Institutionen möglich ist. Es liegt nämlich direkt gegenüber dem EU-Parlament.

Die jährliche State Forest Conference

Ein Kernstück des Verbandslebens ist die jährlich ausgerichtete **State Forest Conference**. Sie bringt Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa zusammen und widmet sich aktuellen Herausforderungen der Waldbewirtschaftung. Die Konferenz dient dem strategischen Austausch, der Vorstellung von Best Practice Beispielen und der Diskussion forstpolitischer Entwicklungen.

Die Beteiligung hochrangiger Vertreter staatlicher Forstbetriebe – häufig ergänzt durch Feldexkursionen – macht die Konferenz zu einem zentralen Ort für Wissensvermittlung und Netzwerkbildung im europäischen Forstsektor. 2028 wird sie in Bayern ausgerichtet.



Jubiläumsjahr 2026: Sichtbarkeit und Austausch

Zum 20 jährigen Bestehen setzt EUSTAFOR 2026 auf verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Durch ein neues Erscheinungsbild, eine modernisierte Website sowie eine Holzinstallation im öffentlichen Raum von Brüssel wird die Bedeutung nachhaltiger staatlicher Waldbewirtschaftung vermittelt.

Der Höhepunkt des Jubiläumsprogramms ist die hochrangige Konferenz **„Growing Together – 20 Years of EUSTAFOR“** am 16. April 2026. Vertreter aus EU-Institutionen, Mitgliedsstaaten, Forschung und Zivilgesellschaft diskutieren dort Rückblicke und Zukunftswege der europäischen Forstpolitik.

Bayerische Staatsforsten im europäischen Verbund

Die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) sind seit vielen Jahren aktives Mitglied von EUSTAFOR und bringen ihre praktische Erfahrung aus der Bewirtschaftung großer öffentlicher Wälder direkt in die europäischen Prozesse ein. Zum Kerneinsatz gehören der fachliche Austausch mit anderen Staatsforstbetrieben sowie die Mitwirkung an zentralen forstpolitischen Entwicklungen. Vorstand Manfred Kröninger, zuständig für Internationale Angelegenheiten und Mitglied im Executive Committee von EUSTAFOR, vertritt dabei die BaySF auf strategischer Ebene. Das Team Internationale Angelegenheiten im entsprechenden Vorstandsbüro bewertet EU-Initiativen, bereitet Fachinformationen auf und sorgt dafür, dass bayerische Erfahrungen gezielt in die europäischen Debatten einfließen. ■

Antonius Haane-Holland, Spezialist für
EU-Forstpolitik, BAYERISCHE STAATSFORSTEN, AÖR

Herausforderungen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt im Kontext der Klimachance

XXI. UEF Kongress



Der alle 4 Jahre stattfindende UEF-Delegierten-Kongress fand im September 2025 in Ruse, Bulgarien, statt. Hierzu hatte der UEF-Mitgliedsverband Union der bulgarischen Förster eingeladen.

Die Kongressteilnehmer aus 13 europäischen Ländern durften nicht nur viel forstliches und jagdliches aus dem EU-Land Bulgarien kennenlernen, sondern es gab auch ein attraktives Rahmenprogramm. Das kulturelle Highlight war die Besichtigung des thrakischen Grabs im Dorf Sveshtari, das zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört.

Am ersten Tag des Kongresses gab es ein internationales Seminar zum Thema: „Die Ludogorie und Dobrudzha – Herausforderungen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt im Kontext der Klimachance“. Zu dieser Konferenz begrüßten Prof. Ivan Paligorov, der stellvertretende Minister für Landwirtschaft und Ernährung Eng. Stoyan Toshev und der amtierende UEF-Präsident Tomasz Markiewicz. Weitere Grußworte sprachen der Bürgermeister der Stadt Ruse, der Rektor der Universität für Forstwirtschaft, der Berater des Präsidenten der Republik Bulgarien und der stellvertretende Rektor der Universität Ruse.

Die Vorträge wurden zu folgenden Themen gehalten:

- „Wälder und Forstwirtschaft in Bulgarien – kurze Geschichte und Tradition“
- „Hunting in Bulgarien – Leistungen und Entwicklungspolitik“
- „Herausforderungen für die Waldsanierung im Nordosten Bulgariens im Kontext des Klimawandels“
- „Management von Feldschutzwaldgürteln in Dobrudscha im Nordosten Bulgariens – Probleme und Lösungen“
- „Interaktion zwischen dem Staat und NGOs im Wildpopulationsmanagement“.

Am Exkursionstag hatten die Delegierten die Gelegenheit, sich einen Überblick über die bulgarische nachhaltige Waldbewirtschaftung zu verschaffen. Mehrere Waldbilder wurden vorgezeigt und disku-

tiert. Auch wurde ein staatliches Jagdrevier besucht, in dem ein intensives Wildmanagement vorgestellt wurde.

Ein weiterer wichtiger Tagungsordnungspunkt war dann der eigentliche UEF-Kongress mit Berichten der Vorstandsmitglieder (u.a. gab es einen Bericht unseres BDF-Mitglied Hans Jacobs) und den Wahlen zum neuen Präsidium (siehe Grafik), welches für die Periode 2025 bis 2029 gewählt wurde. Hans Jacobs (Bund Deutscher Forstleute, Deutschland) wurde zu einem von 3 UEF-Vizepräsidenten wiedergewählt. Neben weiteren Regularien, wie z.B. Finanzen und Zuständigkeiten im Präsidium, wurde auch die UEF-Satzung geändert. Beim traditionellen Abschiedessen der UEF gab es ein wenig bulgarische Folklore und Zeit für nette und interessante Gespräche unter europäischen Forstkollegen.

In diesem Jahr (2026) wird die Kammer der Forstingenieure der Türkei die UEF-Delegierten zu einem Governing Council Meeting (XXVII. Meeting) nach Istanbul einladen. ■

Arno Fillies,
UEF-Vertreter BDF

Das neue
UEF Präsidium:
Christodoulos
Christodoulou, Line
Kragelund, Lars
Mortensen, Karin
Hilfiker, Thomas
Baschny, Marten
Gustafsson, Tomasz
Markiewicz, Hans
Jacobs, Anna
Petrakieva, Tiina
Eklund, Francois-
Xavier Nicot

 Präsidium 2025 (2025–2029)	
Präsident	Tomasz Markiewicz Polen
Vizepräsidenten	Anna Petrakieva Bulgarien Tiina Eklund Finnland Hans Jacobs Deutschland
Sekretär	Marten Gustafsson Schweden
Stellv. Sekretär	Thomas Baschny Österreich
Schatzmeister	François-Xavier Nicot Frankreich
Wirtschaftsprüfer	Lars Delfs Mortensen Dänemark Karin Hilfiker Schweiz
Rechnungsprüfer	Line Kragelund Dänemark Christodoulos Christodoulou Zypern

Tarifeinigung TV-L

Nach drei schwierigen Verhandlungsrunden und einer dreitägigen Abschlussrunde hat der dbb am 14. Februar 2026 in der Einkommensrunde 2025/2026 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ein Ergebnis erzielt.

Die Entgelte erhöhen sich wie folgt:

- ab dem 1. April 2026 um 2,8 Prozent, mindestens jedoch 100 Euro monatlich
 - ab dem 1. März 2027 um weitere 2 Prozent
 - ab dem 1. Januar 2028 um weitere 1 Prozent
- Das Entgelt in Entgeltgruppe 1 Stufe 2 erhöht sich bereits zum 1. Januar 2027 um 2 Prozent.

Die Ausbildungsentgelte der Auszubildenden, die Entgelte der dual Studierenden und die Tarifentgelte der Praktikantinnen und Praktikanten erhöhen sich wie folgt:

- ab dem 1. April 2026 um 60 Euro
 - ab dem 1. März 2027 um weitere 60 Euro
 - ab dem 1. Januar 2028 um weitere 30 Euro
- Die Laufzeit beträgt 27 Monate bis zum 31. Januar 2028.

Das Ergebnis ist aber nicht mehr als ein Kompromiss zwischen TdL und Gewerkschaften. Wie bereits in den vergangenen Einkommensrunden hat die TdL weitere wichtige Verbesserungen – Verhandlungen über die dringend notwendige Fortentwicklung der Entgeltordnung und die stufengleiche Höhergruppierung – mit Hinweis auf das Thema „Arbeitsvorgang“ abgelehnt. Als Voraussetzung für Verhandlungen über diese Themen hat die TdL von den Gewerkschaften eingefordert, die Definition des Arbeitsvorgangs in der Protokollerklärung zu § 12 TV-L mit sofortiger Wirkung zu verändern. Eine Verhandlung darüber wurde vom dbb strikt abgelehnt. Ein weiteres Problem ist die lange Laufzeit dieses Tarifvertrages, wenn man in 2028 berücksichtigt, dass die Inflation zur Zeit schon über den dann gezahlten 1 Prozent mehr liegt. Insgesamt wird das Auseinanderdriften der beiden Tarifverträge TV-L und TVÖD nicht gestoppt. Der TVÖD wird weiterhin der attraktivere Tarifvertrag sein. Die Länder haben hier ihre Change vertan, dieser Entwicklung entgegenzusteuern. ■

Gerhard Tenkhoff, Angestelltenvertretung BDF

BADEN-WÜRTTEMBERG



Aktualisierung der Kontaktdaten

Liebe Mitglieder,

aus aktuellem Anlass möchten wir Sie (nochmals) freundlich daran erinnern, uns Änderungen Ihrer Kontaktdaten – insbesondere Ihrer E-Mail-Adresse und Telefonnummer – zeitnah mitzuteilen. Die Geschäftsstelle sowie die Kassen- und Mitgliederverwaltung sind hierfür auf Ihre Unterstützung angewiesen.

Viele Mitglieder haben bislang E-Mail-Adressen ihrer jeweiligen Dienststellen angegeben. Leider kommt es hierbei vermehrt zu Problemen: Die Server vieler Dienststellen blockieren offenbar Nachrichten gewerkschaftlichen Ursprungs. In der Folge erhalten wir nach dem Versand von Rund-Mails aus der Geschäftsstelle Rückmeldungen wie „nicht zustellbar“. Das bedeutet, dass die Informationen die betreffenden Empfänger nicht erreichen.

Um alle Mitglieder zuverlässig und zeitnah informieren zu können, sind wir daher auf die Angabe Ihrer privaten E-Mail-Adresse angewiesen. Unabhängig davon kommen derzeit vermehrt E-Mails mit dem Hinweis „Empfänger nicht ermittelbar“ an uns zurück. Um Sie weiterhin zuverlässig informieren zu können, benötigen wir daher Ihre aktuellen Kontaktdaten.

Bitte informieren Sie uns außerdem auch über weitere Änderungen, wie etwa einen Wohnortwechsel oder den Eintritt in die Pensionierung, sobald diese absehbar sind.

Vielen Dank für Ihr Verständnis und Ihre Mitarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Geschäftsstelle sowie Kassen- und Mitgliederverwaltung

Waldgipfel 2026 des LV Baden-Württemberg

In der letzten Ausgabe BDF aktuell haben wir die forstpolitischen Positionen von CDU, GRÜNEN, SPD und FDP dargestellt. Diese wurden auch im Rahmen des Waldgipfels des Landeswaldverbandes in Stuttgart diskutiert. Der BDF ist Teil des LWV und hatte seine Mitglieder zur Veranstaltung eingeladen. Wir berichten hier über die erfolgreiche Veranstaltung – für alle, die nicht dabei sein konnten.

Am 30. Januar 2026 fand im Hospitalhof in Stuttgart der 9. Waldgipfel des Landeswaldverbandes Baden-Württemberg e. V. statt, der unter dem Leitgedanken „Was braucht der Wald in der nächsten Legislaturperiode?“ stand. Die Veranstaltung richtete sich sowohl an Fachleute aus Forstwirtschaft, Verwaltung und Forschung als auch an Vertreterinnen und Vertreter von Umwelt- und Naturschutzverbänden, Kommunalpolitik sowie allgemein Waldinteressierte. Ziel des Waldgipfels war es, anstehende Herausforderungen für die Wälder des Landes offen zu diskutieren und gemeinsam politische wie praktische Weichenstellungen für die kommenden fünf Jahre zu erarbeiten – insbesondere im Vorfeld der Landtagswahl 2026 und im Kontext der Waldstrategie Baden-Württemberg 2050.

Die Veranstaltung begann mit einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landeswaldverbandes, Reinhold Mayer, gefolgt von einer Rede von Forstminister Peter Hauk MdL, in der er die Bedeutung aktiver Waldbewirtschaftung für die Zukunftsfähigkeit des Waldes betonte. Anschließend wurde mit einer Live-Abstimmung unter den Teilnehmenden ein aktuelles Stimmungsbild zu Herausforderungen und Prioritäten im Wald erzeugt, das als Grundlage für spätere Diskussionen diente.

Ein zentraler Bestandteil des Tages war eine Einstiegsrunde mit den forstpolitischen Sprechern der im Landtag vertretenen Fraktionen. In kurzen Impulsen stellten sie Positionen ihrer Parteien zu zentralen Fragen vor – etwa zum Verhältnis von Schutz und Nutzung, zur Förderung von Waldbewirtschaftung oder zur Unterstützung von Waldeigentümerinnen und -eigentümern. Diese Runde zeigte sowohl Gemeinsamkeiten als auch unterschiedliche Gewichtungen der forstpolitischen Schwerpunkte auf.

Im weiteren Verlauf standen drei Fishbowl-Diskussionsrunden im Mittelpunkt. Dieses offene, dialogorientierte Format ermöglichte es dem Publikum, aktiv in den Austausch einzusteigen und spezifische Fragen direkt an die Podiumsgäste zu richten. Themenschwerpunkte waren:

- Modernes Waldmanagement und Waldeigentum
- Wälder im Klimawandel sowie die Balance zwischen Nutzung und gesellschaftlichen Ansprüchen

■ Forstberufe, Verwaltung und Organisation im Waldkontext. Hier saß auch der Landesvorsitzende des BDF, Dietmar Hellmann, auf dem Podium.

Die Diskussionen spiegelten die vielfältigen Erwartungen und Sichtweisen der Teilnehmenden wider, von forstpraktischen Herausforderungen über Anpassungen an den Klimawandel bis hin zu strukturellen Fragen in der Verwaltung und Ausbildung.

Parallel bot der Infomarkt nach dem Mittagessen Raum für vertiefende Gespräche, fachlichen Austausch und die Vernetzung zwischen Akteurinnen und Akteuren aus verschiedenen Bereichen der Waldwelt. Hier konnten thematische Schwerpunkte nochmals aufgegriffen und im persönlichen Gespräch weiter ausgeführt werden.

Ein durchgängiges Element des Waldgipfels war der Bezug zur Waldstrategie 2050, die langfristige Ziele für die nachhaltige Entwicklung der Wälder im Land definiert. Die Teilnehmenden nutzten die Plattform, um sowohl Erwartungen an die kommende Landesregierung als auch konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung dieser Strategie zu formulieren – darunter die Sicherung der Zukunftsfähigkeit forstlicher Berufsbilder, die Förderung der Holznutzung im Einklang mit Naturschutzzielen und die stärkere gesetzliche Verankerung von Maßnahmen zur Biodiversität und Klimaanpassung.

Insgesamt kamen rund 120 Personen zusammen, um in konstruktiver Atmosphäre aktuelle Herausforderungen und Lösungswege für die baden-württembergischen Wälder zu erörtern. Neben inhaltlichen Impulsen bot der Waldgipfel vor allem einen offenen, interdisziplinären Dialog zwischen Praxis, Wissenschaft und Politik, der konkrete Impulse für die zukünftige Waldpolitik im Land setzte. ■

Dietmar Hellmann



V.l.n.r. Reinhold Mayer, LWV; Jürgen Holzwarth, BDF; Dietmar Hellmann, BDF; Christopher Baumann BDF

BDF-Landesverband
Baden-Württemberg
Schloßweg 1
74869 Schwarzach
geschaeftsstelle@
bdf-bw.de



Demozug und Kundgebung in Stuttgart

Kurz vor 3. Verhandlungsrunde mit der TdL



V.l.n.r.
Ottmar Jochum,
Jürgen Holzwarth,
ddb-Adler,
Reiner Knecht

Der Beamtenbund/Tarifunion hat am 5. Februar 2026 zur Großdemo anlässlich des Warnstreiks nach Stuttgart aufgerufen. Aus Stuttgart sollte ein klares Signal kurz vor der 3. und abschließenden Verhandlungsrunde in Potsdam ausgehen. Auch der BDF Baden-Württemberg hat seine Mitglieder zur Teilnahme aufgefordert. Denn es ging dabei nicht nur um die Gehaltserhöhung von Landesbeschäftigten im TV-L, sondern indirekt auch um die Besoldung der Beamtenschaft und der Versorgungsempfänger (Pensionäre).

In der Vergangenheit wurde das Tarifergebnis plus/minus übertragen, aber ein Selbstläufer ist dies nicht. Denn in Bayern soll der Tarifaabschluss erst nach 6 Monaten übertragen werden. Der Beamtenbund Baden-Württemberg konnte den Parteien im Vorfeld der Landtagswahl das Versprechen abnehmen, dass der diesjährige Tarifaabschluss zeit- und wirkungsgleich übertragen wird. Jetzt wird es spannend, ob die neue Landesregierung ihr Wort hält und den Potsdamer Tarifaabschluss vom 14.02.2026 von insgesamt 5,8 % Gehaltserhöhung bei einer Laufzeit von 27 Monaten überträgt.

Über 4500 Menschen zogen durch die Innenstadt von Stuttgart zur Kundgebung vor der Oper – in Sicht- und Hörweite zum Landtag. Förster waren auch dabei, die mit ihren drei Jagdhörnern Alarm für 30 machten. Das Thema war ernst. Allerdings ist eine derartige Großveranstaltung spannend und hatte den 3 BDF'ern auch richtig Spaß gemacht. Jürgen Holzwarth, stellvertretender Landesvorsitzender: „Natürlich hätten wir uns über mehr Kolleginnen und Kollegen des BDF bei der Demo gefreut. Wir drei haben aber zumindest akustisch deren Fehlen ausgleichen können.“

Nach den Tarifverhandlungen ist bekanntlich vor den Tarifverhandlungen. 2028 hat der BDF wieder Gelegenheit – dann hoffentlich mit mehr Kolleginnen und Kollegen –, in der Tarifauseinandersetzung mit dabei zu sein. :-)

QR-Code scannen
und direkt
reinhören in die
Demo in Stuttgart



Für den Landesvorstand
Jürgen Holzwarth

Gespräche



Auf der Grünen Woche in Berlin sprach Landesvorsitzender Bernd Lauterbach mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (rechts) u.a. über die Jagdzeiten beim Rehwild und forderte eine Angleichung der Jagdzeiten von männlichem und weiblichem Rehwild. ■



Beim Besuch im Revier Hassenberg sprach Landesvorsitzender Bernd Lauterbach mit Staatssekretär Tobias Gotthardt (links) über die Jagdgesetzgebung und die Bayerischen Staatsforsten und besichtigte mit ihm die Greifvogelauffangstation des LBV, die aus der Jagdabgabe gefördert wird. ■

Kaniber: Moderne Dienst- und Arbeitskleidung für Forstverwaltung

Mit dem Titel „Mitarbeiter der Landwirtschafts- und Forstverwaltung in neuem Gewand: Einheitlich, sicher und nachhaltig“ stellte Forstministerin Michaela Kaniber die neue und moderne Dienst- und Arbeitskleidung für die Forst- und Landwirtschaftsverwaltung vor. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bayernweit für Landwirte, Waldbesitzer und für die gesamte Gesellschaft unterwegs – ob auf den Betrieben, im Wald oder auf dem Feld. Sie beraten, bilden, forschen, kontrollieren und unterstützen. Mit unserer neuen Kleidung sind sie künftig nicht nur funktional und sicher ausgestattet, sie sind jetzt auch als starkes Team für den ländlichen Raum erkennbar“, betonte die Ministerin.

Die neue Kleidung für die rund 4500 Beschäftigten der bayerischen Forst- und Landwirtschaftsverwaltung sei konsequent an den Anforderungen der



forst- und landwirtschaftlichen Praxis ausgerichtet, teilte Kaniber in einer Pressemitteilung mit. Robust, wetterfest und komfortabel begleite sie die Beschäftigten bei ihrer täglichen Arbeit. Produziert werde die Kollektion ausschließlich in Europa un-

Forstministerin Michaela Kaniber (3.v.l.) und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forst- und Landwirtschaftsverwaltung.



ter hohen Qualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Für den forstlichen Außendienst entwickelte der Freistaat zusätzlich eine neue Arbeitsjacke mit gut sichtbarer Signalfarbe, die die Sicherheit im Wald deutlich erhöht.

Besonders wichtig war es der Ministerin, dass die Beschäftigten die neue Ausstattung selbst maßgeblich mitgestalteten. Bereits 2024 testeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erste Kleidungsstücke für den Arbeitsalltag. Ihre Erfahrungen flossen direkt in die Umsetzung ein – von der Funktionalität

über den Tragekomfort bis zur Qualität. Die neue Kollektion ersetzt die bisherige Bekleidung im Bereich Forsten, bei der es zuletzt Lieferengpässe und Qualitätsmängel gegeben hat.

Den BDF erreichen positive Rückmeldungen über Aussehen, Tragekomfort und Funktionalität. Er bedankt sich im Namen der Mitglieder bei der Forstverwaltung für die Einführung und Finanzierung sowie bei allen Kolleginnen und Kollegen, die sich für die neue Dienst- und Arbeitskleidung so stark engagiert haben. ■

Tarifeinigung erzielt:

Mehr Geld für Beschäftigte der Länder

Nach zähem Ringen am Verhandlungstisch steht das Ergebnis fest: Die rund 1,1 Millionen Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder erhalten spürbar höhere Entgelte.

Auch der BDF hatte sich an den zahlreichen Streiks beteiligt, um zusammen mit den Dachverbänden dbb und BBB für die Beschäftigten ein besseres Tarifiergebnis durchzusetzen.

Am Samstagvormittag, den 14. Februar 2026, einigten sich die Gewerkschaften (dbb, GEW, ver.di) und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in der dritten Verhandlungsrunde auf einen neuen Tarifabschluss.

Die Eckpunkte der Einigung im Überblick

Der neue Tarifvertrag sieht eine stufenweise Anhebung der Gehälter vor, um die Inflation und die gestiegenen Lebenshaltungskosten abzufedern:

- **April 2026:** Erhöhung um **2,8 Prozent**, mindestens jedoch um **100 Euro**.
- **März 2027:** Weitere Steigerung um **2,0 Prozent**.
- **Januar 2028:** Finale Anhebung um **1,0 Prozent**.
- **Laufzeit:** Die Vereinbarung gilt rückwirkend ab dem 1. November 2025 und läuft insgesamt **27 Monate** bis zum 31. Januar 2028.

Verbesserungen für Nachwuchs- und Hilfskräfte

Auch Auszubildende und Studierende profitieren. Für studentische Hilfskräfte wurden erstmals ver-

bindliche Mindeststundenentgelte festgeschrieben, die ab dem Sommersemester 2026 auf **15,20 Euro** und ab 2027 auf **15,90 Euro** steigen. Auszubildende erhalten ab April 2026 monatlich **60 Euro** mehr, mit weiteren Erhöhungen in den Folgejahren.

Stimmen zum Abschluss

Die Gewerkschaften sprechen von einem „wichtigen Signal“ in schwierigen Zeiten, auch wenn das Ergebnis hinter den ursprünglichen Forderungen zurückbleibt.

Der **BDF-Landesverband Bayern** begrüßt die Einigung zwar grundsätzlich als notwendige finanzielle Entlastung für die Beschäftigten in den Forstbetrieben und Verwaltungen, sieht darin jedoch lediglich einen wichtigen Etappensieg. Um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft dauerhaft anschlussfähig zu bleiben, fordert der Verband bereits jetzt weitere Anpassungen: Die Mammutaufgabe Waldumbau lässt sich nur dann erfolgreich bewältigen, wenn für das hochqualifizierte Personal langfristig wettbewerbsfähige Konditionen und attraktive finanzielle Anreize geschaffen werden.

Der BDF fordert zudem, die Tarifiergebnisse sowohl in den BaySF wie der Forstverwaltung zeitgleich auf die Beamten zu übertragen. Ministerpräsident Markus Söder hatte allerdings bereits eine um sechs Monate verzögerte Besoldungsanpassung angekündigt, um den Staatshaushalt zu entlasten. Aus Sicht des BDF stellt dies ein nicht zu begründendes Sonderopfer für die Beamten dar. Wertschätzung für die unverzichtbare Arbeit der Forstleute sieht anderes aus! ■

BDF-Landesverband
Bayern
Birklesweg 7
96242 Sonnefeld-
Hassenberg
info@bdf-bayern.de



Personalratswahlen am 23. Juni

Termin bitte vormerken.

Am 23. Juni finden die Wahlen zum Gesamtpersonalrat und zu den Personalräten an den Forstbetrieben der Bayerischen Staatsforsten sowie zum Hauptpersonalrat und zu den Personalräten an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Forstverwaltung statt. Bitte merken Sie sich den Termin bereits vor und nehmen Sie an der Wahl teil! In dieser Ausgabe stellen sich für den HPR auf Listenplatz 2 Volker Binner und für den GPR als Angestelltenvertreterin auf Listenplatz 2 Johanna Fikar vor:

HPR-Wahl: Volker Binner auf Listenplatz 2



Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Chance nutzen, mich im Vorfeld der Wahl des Hauptpersonalrats als Kandidat des BDF vorzustellen. In den über 25 Jahren bei der Bayerischen (Staats-)Forstverwaltung hatte ich die Möglichkeit, als Revierleiter am Forstamt und AELF Amberg-Neumarkt, als

Mitarbeiter der LWF und des Staatsministeriums, in der Entwicklungshilfe sowie aktuell als Leiter der Fachstelle Waldnaturschutz Oberpfalz mit vielen verschiedenen Kolleginnen und Kollegen intensiver zusammenzuarbeiten und diese näher kennenzulernen – Menschen unterschiedlichen Alters, Persönlichkeiten in unterschiedlichen Positionen und Aufgabenbereichen, die unsere Verwaltung prägen.

Die Haltung, Bedürfnisse, Ansprüche und Sorgen der Kolleginnen und Kollegen sind individuell unterschiedlich und haben sich über die Zeit auch verändert. Was aber im Grunde bei vielen geblieben ist, ist eine gewisse „Hürde“, die Themen oder Anliegen anzusprechen und zu adressieren, die sie bewegen oder den Menschen sprichwörtlich „im Magen liegen“.

Als Kandidat für den Hauptpersonalrat möchte ich daher ein offener und unkomplizierter Ansprechpartner für Sie sein, der Ihre Anliegen anhört, aufnimmt, ihnen eine Stimme verleiht und sich im Gremium einsetzt.

Als Familienvater ist mir bewusst, dass sich nicht für alle Sorgen rasche und einfache Lösungen finden lassen und nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Entscheidend ist jedoch, über sie Bescheid zu wissen. Und wenn sich eine Möglichkeit ergibt, gilt es, die Chance zu ergreifen und die Dinge voranzubringen. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung.

Ihr Volker Binner ■

GPR-Wahl: Johanna Fikar: Gemeinsam mehr bewirken



Gemeinsam mehr bewirken... Das ist – seitdem ich euch als Beschäftigte im GPR vertreten darf – mein Leitspruch. In Zeiten, die von stetigem Wandel geprägt sind und in denen uns tiefgreifende Veränderungen erwarten, halte ich Miteinander und Kommunikation für außerordentlich wichtig. Für unser Berufsbild und für weiterhin hohe Qualität unserer Arbeit ist es wichtig, hörbar zu sein, aber auch zuzuhören.

Ich bin seit 2014 bei den BaySF tätig und Revierleiterin am Forstbetrieb Bad Brückenau.

Für ein starkes Miteinander bei der Vertretung eurer Interessen benötigen wir eure Unterstützung für unsere BDF-Liste. ■

Bild links: Volker Binner bewirbt sich für den HPR auf Listenplatz Nummer 2.

Bild rechts: Johanna Fikar in den GPR wählen.

BDF *aktuell*

Besuchen Sie uns auch im Internet:
www.bdf-online.de

Und mögen Sie uns schon?
Dann liken Sie uns auch auf Facebook.



Website



Facebook



Wann kommen die *Jagdgesetzänderungen?*

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger informierte am 02.02.26 die Landrätinnen und Landräte über die geplanten Jagdgesetzänderungen. Obwohl der Gesetzesentwurf durch den Bayerischen Landtag noch nicht beschlossen war, rief er dazu auf, die „Verantwortlichen in den Jagdrevieren bereits jetzt zu informieren“. Er legte nahe, dass die Jagdgenossenschaften bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes einen Beschluss zur Abschussplanfreiheit fassen könnten, sodass „keine gesonderte Versammlung nötig wäre“. Das erforderliche Jagdkonzept zwischen Verpächter und Jagdpächter für die Reviere mit „zu hoher“ oder „deutlich zu hoher“ Verbißbelastung sowie für die Reviere ohne aktuelle ergänzende revierweise Aussage könnte ebenfalls bereits erstellt werden, auch wenn es bisher noch keine „ministerielle Orientierungshilfe“ gibt. Für Staatsminister Aiwanger ist es „entscheidend, dass die Beteiligten in den Jagdrevieren über die konkret vorgesehenen Regelungen der Gesetzesinitiative im Bilde sind und sich mit den Voraussetzungen bereits beschäftigen können“. Bis zum Erscheinen dieser Ausgabe wird wahrscheinlich schon Klarheit herrschen, ob der Landtag die Jagdgesetzänderungen – wie vom Ministerrat vorgesehen – beschlossen hat.

BDF-Stellungnahme

Der BDF hatte zuvor in seiner Stellungnahme die Initiative begrüßt, das Bayerische Jagdgesetz zu aktualisieren und an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Neben positiven Neuerungen gehen die Vorschläge z.T. allerdings nicht weit genug oder können sogar negative Auswirkungen haben, beispielsweise bei der Abschussplanung.

Abschussplanung: Weitere Maßnahmen notwendig

Dass grüne Jagdreviere aus der Abschussplanung aussteigen können und mehr Freiheiten erhalten, sieht der BDF positiv. Es ist allerdings noch völlig ungeklärt, warum und wie die mögliche Abschussplanfreiheit in roten Revieren zu der gewünschten Verbesserung der Verbißsituation führen soll. Wenn sowohl „grüne“ wie „rote“ Reviere auf Antrag von der Abschussplanung befreit werden, gibt es kaum Anreize, ein „grünes“ Revier zu werden. Aus Sicht des BDF verletzt der Staat zudem durch die geplanten Neuregelungen seine gesetzliche Verpflichtung, Wald und Natur dauerhaft zu sichern. Der BDF forderte daher, folgende Maßnahmen zu ergänzen:

- Ein Mindestabschuss und der körperliche Nachweis müssen bereits 2027 in roten Revieren eingeführt werden.
- Die Dokumentation des Waldbeganges muss eine nachvollziehbare Beschreibung der Verbißbelastung enthalten.
- Die „ministerielle Orientierungshilfe“ zum Jagdkonzept muss verpflichtende Elemente enthalten. Das Jagdkonzept muss zudem der Unteren Jagdbehörde verpflichtend vorgelegt und von dieser auf Einhaltung der Vorgaben geprüft werden.
- Die geplante Neufassung ist vor Verabschiedung auf seine Verfassungskonformität zu prüfen.
- Eine intensivere Aus- und Fortbildung der Jagdgenossenschaften ist zwingend erforderlich.
- Da keiner der Beteiligten wirklich weiß, wie sich die Neuregelungen in der Praxis auswirken werden, ist eine Evaluierung der Neuregelungen noch vor dem Forstlichen Gutachten 2031 notwendig.

Bereits die bestehenden jagdgesetzlichen Regelungen hätten aus Sicht des BDF bei konsequenter Umsetzung zu einer Verbesserung der Verbißsituation geführt. Es gab also vor allem ein Vollzugsdefizit. Auch die Neuregelungen werden sich nur dann positiv auswirken können, wenn der konsequente Vollzug der Vorschriften sichergestellt wird.

Positiv hervorzuheben ist allerdings, dass Widersprüche oder Anfechtungsklagen gegen einen Abschussplan oder gegen eine Abschussanordnung keine aufschiebende Wirkung mehr haben sollen.

Jagdzeiten synchronisieren

Die Vorverlegung der Jagdzeit auf Rehwild (Schmalreh und Rehböcke) auf den 16. April begrüßte der BDF. Warum die Jagdzeiten von männlichem und weiblichem Rehwild nicht synchronisiert wurden, ist aus wildbiologischer Sicht nicht zu begründen und sollte daher noch erfolgen. Viele Bundesländer haben diesen Schritt schon vollzogen.

Wie das Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 02.02.26 zeigt, gab es trotz zahlreicher und fundierter Stellungnahmen von Verbänden allerdings kaum Änderungen am Beschluss des Bayerischen Ministerrats vom 2. Dezember 2025. ■

BDF gratuliert dem *Anwärterjahrgang 24/25*



Am 12.02.26 fand die feierliche Zeugnisübergabe des Anwärterjahrgangs 24/25 an der Forstschule Lohr statt. Schulleiter Christof Welzenbach führte durch die Veranstaltung und wies in seiner Ansprache auf die hohe Bedeutung und damit auch Verantwortung im Forstberuf hin. Er gab den Absolventen als Rat mit auf den Weg, dass sie den Kontakt untereinander nicht verlieren sollen, auch wenn sich die Wege nun trennten. Dies griffen auch Christoph Baudisch (Personalchef BaySF) und Friedrich Nebl (Leiter Personalreferat der Forstverwaltung) auf, die beide ein Grußwort sprachen und im Anschluss tatkräftig bei der Übergabe der Zeugnisse mitwirkten. Siegfried Völkl appellierte als Vertreter des Hauptpersonalrats, sich an den kommenden Personalratswahlen zu beteiligen.

Abschließend sprach Klaus Schreiber, stellvertretender Landesvorsitzender des BDF-Bayern, den Absolventen seine herzlichen Glückwünsche und seine große Freude darüber aus, dass erneut so vie-

le junge und engagierte Kolleginnen und Kollegen auf die Fläche entlassen werden. Er betonte aber, dass die aktuell hohen Einstellungszahlen auch auf der intensiven ehrenamtlichen Arbeit des BDF begründet seien und dass sich die günstige Lage für die junge Generation langsam zu ändern beginnt. Schon der nächste Anwärterjahrgang muss aufgrund eines Stellenmoratoriums mit deutlich geringeren Einstellungszahlen bei der Forstverwaltung rechnen.

Nur ein mitgliedsstarker BDF habe bei der Politik das nötige Gewicht, um etwa den drohenden Personalabbau abzuwenden. Schreiber betonte, dass es ihn deshalb sehr freue, dass bereits die meisten Absolventen Mitglieder des BDF seien. Nach der Zeugnisvergabe sprachen die beiden Jahrgangssprecher abschließende Worte, woraufhin es zum gemütlichen Teil mit Stehimbiss und Sektempfang überging. ■

Der BDF gratulierte bei der Zeugnisübergabe den Anwärterinnen und Anwärtern.

Bundesverfassungsgericht: Besoldung in Berlin zu niedrig

Wie bereits berichtet, hat das Bundesverfassungsgericht die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin für die Jahre 2008 bis 2020 als zu gering beurteilt. Der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer hierzu: „Erneut mussten Beamtinnen und Beamte bis vor das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe ziehen, um Recht zu bekommen. Wertschätzung durch den Dienstherrn sieht anders aus.“

Das Gericht hatte von sich aus den Prüfungszeitraum des Vorlagebeschlusses bis zum Jahr 2020 und auf alle Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A erweitert. Der Gesetzgeber des Landes Berlin wurde zudem verpflichtet, bis zum 31. März 2027 eine verfassungskonforme Regelung zu treffen. Aufgrund der Entscheidung bekommen alle diejenigen eine Nachzahlung, die ihre Rechte in

den jeweiligen Jahren bei ihrem Dienstherrn haushaltsnah geltend gemacht haben und über deren Widerspruch noch nicht rechtskräftig entschieden wurde.

Die Entscheidung betrifft unmittelbar nur das Land Berlin für die Jahre 2008 bis 2020. Jedoch sind aufgrund der grundsätzlich getroffenen Äußerungen alle Gebietskörperschaften mittelbar gehalten, ihre Gesetze an dieser zu messen. Beachtlich ist auch, dass noch über 60 weitere Verfahren beim Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der amtsangemessenen Alimentation anhängig sind, die die verschiedensten Länder und Zeiträume betreffen. Auch damit zeigt sich erneut, wie wichtig starke Berufsverbände sind – vom BDF über den BBB bis hin zum dbb. ■

13 Schlussfolgerungen zur Kohlenstoffspeicherung



Die Bedeutung der Kohlenstoffbindung in Waldökosystemen und Holzprodukten sowie Wege zu dessen Optimierung sind politisch sehr umstritten. Viele Vorgaben (z. B. LULUCF-Klimaschutzziele der EU oder Ausbau des CO₂-Speichers Holz durch Stilllegung) sind in der Praxis nicht umsetzbar oder widersprechen anderen Bedürfnissen der Gesellschaft an den Wald. In dieser – auch emotional sehr aufgeladenen – Debatte haben die Leiter der deutschsprachigen Forstlichen Forschungsanstalten auf ihrer Tagung in Göttingen 13 Schlussfolgerungen zur Kohlenstoffspeicherung in Wald und Holzproduktion gezogen. Sehr prägnant und objektiv gibt es klare Aussagen zu:

1. **Waldschutz durch konsequente Reduktion von Treibhausgasemissionen**
2. **Kohlenstoffbindung durch Wälder**
3. **Sicherung der Kohlenstoffbindung durch Walderhalt**
4. **Erhöhung der Kohlenstoffbindung durch Neubegründung von Wäldern**
5. **Potenzial der Wälder als Kohlenstoffspeicher ist begrenzt**
6. **Keine einseitige Fokussierung auf die Kohlenstoffspeicherung der Wälder**
7. **Entwicklung klimaresilienter, vielfältiger Mischwälder**
8. **Erhalt und Ausbau des C-Speichers in den Waldböden**
9. **Großflächigen Störungen vorbeugen**
10. **Bedeutung des Kohlenstoffspeichers Holz**
11. **Substitution treibhausgasintensiver Materialien durch Holzverwendung**
12. **Anpassung der LULUCF-Klimaschutzziele**
13. **Waldbezogene CO₂-Zertifikate**

Den äußerst
lesenswerten Flyer
finden Sie hier:





Wahlauf Ruf des BDF für die HPR- und ÖPR-Wahl im Mai 2026

BDF – Lösung für (fast) alle Probleme

Tradition neu denken!

*Liebe Mitarbeiter des MLEUV und des Landesforstbetriebes Brandenburgs,
im Mai 2026 werden die Personalvertretungen in den Landesdienststellen im Land Brandenburg
neu gewählt. Diese Wahlen sind ein zentraler Moment, um unsere Interessen im öffentlichen Dienst
und im LFB stark, solidarisch und zukunftsorientiert zu vertreten.*

Unsere Arbeitswelt steht vor großen Herausforderungen!

*Im Landeshaushalt fehlen in den nächsten Jahren jährlich 2 bis 3 Milliarden Euro, die dringend für
Personal, Pflege der Infrastruktur, Digitalisierung und öffentliche Sicherheit gebraucht werden.
Diese Lücke wird sich unmittelbar auf unsere Arbeitsbedingungen und Zukunftsaussichten auswirken.*

Warum Deine Stimme zählt:

Mit starken Personalvertretungen können wir:

- unsere Arbeitsbedingungen verbessern
- faire Arbeitszeitmodelle weiterentwickeln
- Qualifizierung und Weiterbildung stärken
- die Digitalisierung der Verwaltung mitgestalten
- Mitbestimmung in wichtigen Entscheidungen stärken

Unsere Antworten für die Herausforderungen zur Gestaltung unseres Landes lauten:

- Priorität für einen ausreichenden Personalbestand statt willkürlicher Kürzungen
- Effizientere Strukturen statt Stellenabbau
- Stärkung der nachhaltigen Forstwirtschaft und der regionalen Wertschöpfung
- gute Bezahlung, sichere Arbeitsplätze und echte Mitbestimmung

*Der BDF stand und steht auch in Zukunft für starke,
verlässliche Interessenvertretungen – gerade in schwierigen Zeiten.*



Nutzt eure Chance und geht wählen:

- für einen starken HPR und ÖPR
- für gute Arbeitsbedingungen
- für eine sichere Zukunft im öffentlichen Dienst

Der BDF-Vorstand

PR-Wahlen 2026 „Grüne Liste BDF“

HPR		ÖPR	
Beamte	Angestellte	Beamte	Angestellte
Martin Krüger	Thomas Pietschmann	Steffen Kalisch	Martin Krüger
Steffen Kalisch	Elke Faber	Veit Fröhlich	Robert Burmeister
Veit Fröhlich	Robert Burmeister	Lubomir Blasko	Anika Marquardt
Uwe Honke	Guido Weichert	Thomas Erlemeier	Conrad Scholz
Thomas Erlemeier	Markus Gomerte	Uwe Honke	Markus Gomerte
Lubomir Blasko	Anika Marquardt	Guido Weichert	Julia Grote
Uwe Engelmann		Sebastian Greiser	Thomas Pietschmann
		Katrin Schneider	
		Uwe Engelmann	

BDF-Landesverband
Brandenburg-Berlin
Friedrichstraße 169
10117 Berlin
brandenburg-berlin@bdf-online.de
www.bdf-brandenburg-berlin.de



Kleeblattgespräch

Letzte Runde und ein Anfang



Das Kleeblattgespräch im Februar mit Martin Krüger, Philipp Schlichting, Uwe Engelmann (alle Vorstand BDF Brandenburg/Berlin), Philipp Weiß, Julian Diaz (beide IG BAU), Moritz Nahrendorf (Basisgruppe Eberswalde), Hubertus Kraut (Direktor Landesbetrieb Forst Brandenburg, vl).

Ja, wir haben es geerbt – das Kleeblattgespräch. „Erfunden“ wurde es in den 1990er Jahren, als sich in Brandenburg der BDF, die IG BAU und der Forstverein mit dem Abteilungsleiter Forst (!) im Forstministerium trafen, um gemeinsam über die Probleme in der Forstverwaltung und hinsichtlich der Forstpolitik zu sprechen. Abteilungsleiter Forst und der Forstverein sind der Runde über die Jahre „abhandengekommen“. Der Direktor des Landesforstbetriebes (LFB) trifft sich nunmehr als Vertreter des Arbeitgebers mit den Forstgewerkschaften – eine Tradition zu Beginn des Jahres, die, was Hubertus Kraut angeht, wohl zum letzten Mal stattfand. Der Direktor möchte zum Jahresende in den Ruhestand gehen. Wir haben in dieser Runde schon einmal Danke gesagt. Und wir haben zum 16. April nach Neuzelle eingeladen – zu unserem Landesgewerkschaftstag.

Zunächst ging es am 10. Februar wie in den vergangenen Jahren um die große Zahl **unbesetzter Stellen**. Es sind immer noch eher 200 als 100, berücksichtigt man die Dauerkranken. Der Direktor hat uns versichert, dass über 90 Prozent der offenen Stellen mittlerweile „im Verfahren“ sind. Schaut man auf die aktuellen Stellenangebote, so scheint das zu stimmen – man kann gerade alles im LFB werden, demnächst auch Direktor.

Für die **Übernahme der AnwärterInnen** im vergangenen Oktober haben wir gedankt und gleich auf die aus unserer Sicht weiter fehlende, auch finanzielle Wertschätzung für die Ausbildungsaufgaben mit AnwärterInnen, StudentInnen und Praktikant-

Innen hingewiesen. Hier fehlt es aus unserer Sicht am Wollen des Arbeitgebers. Die immer schwieriger werdende Suche nach BetreuerInnen ist da ein deutliches Signal.

Das Thema **Verbeamtung** auch für Bestandsbeschäftigte haben wir nochmal angesprochen. Hier erwartet der Direktor bei Erfüllung der Voraussetzungen entsprechende Anträge. Es gibt da keine Hürden. Die laufenden Verfahren, für die sich KollegInnen vor Weihnachten sehr schnell äußern mussten, dümpeln scheinbar nun dahin. Eine Sachstandsprüfung und ggf. Beschleunigung wurden zugesagt.

Das Thema **Wohnraum in Forstliegenschaften** für neue KollegInnen war ein wesentlicher Punkt bei unseren tariflichen Attraktivitätsgesprächen. Daraus wurde ein Verkaufsstopp seitens des Ministeriums an den LFB. So weit so gut! Wie das Thema nun zielführend vorangebracht wird, bleibt unklar. Wir haken da nach.

Schließlich haben wir den Arbeitsstand zur in Aussicht gestellten privaten **Mitbenutzung von Dienst-Kfz** für den Außendienst erfragt. Mit dem Finanzministerium ist wohl eine Ausnahmeregelung von der Kfz-Richtlinie des Landes verabredet, und der LFB darf als Pileteinheit etwas Eigenes kreieren. Es gibt aber noch nichts Vorzeigbares. Wir haben um einen für die Beschäftigten attraktiven Ansatz gebeten. Auch hier werden wir zeitnah nachfragen.

Abschließend haben wir wiederholt auf die negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen durch den **10-Hektar-Erlass** hingewiesen. Mit diesem Thema müssen wir in den nächsten Monaten wohl auf die „große Bühne“.

Und nun zum „Anfang“. Obwohl es kein richtiger Anfang ist. Der fünfte Monat der Anwärterausbildungszeit zählt für mich aber noch zum Anfang. Und dazu haben wir uns nach dem ersten Kennenlernen im Oktober nun in gemütlicher Runde am 12. Februar 2026 im Waldsolarheim im **Kaminzimmer mit den AnwärterInnen** getroffen. Die Referendare waren ebenfalls herzlich willkommen. Martin Krüger, Philipp Schlichting, Moritz Nahrendorf und Uwe Engelmann nutzten die Gelegenheit, in kleiner Runde Fragen zum Alltag, zum betrieblichen Verständnis und tlw. der großen (Forst)Politik zu beantworten. Ein gelungener Abend! Viele scheinen gekommen, um zu bleiben. ■

Uwe Engelmann, BDF-Landesvorsitzender



Vorstandssitzung des BDF-Bundesforst in Altdorf bei Nürnberg



Erweiterter Vorstand
des BDF-Bundesforst
mit Roland Mally vom
BDF-Sozialwerk.
V.l.n.r. Roland Mally,
Christoph Spieker-
mann, Ansgar Simme,
Arno Fillies, Timo
Tönnies, Stefan Kohl,
Sebastian Bicher,
Eva Fuchs, Lutz Saling,
Dörte Grünert.

Am 24. und 25. Februar 2026 kamen die Kolleginnen und Kollegen des erweiterten Vorstands in Altdorf bei Nürnberg in den Räumlichkeiten des BDF Sozialwerks zusammen. Der BDF-Bundesforst diskutierte verschiedene Fragestellungen unter Einbindung im Vorfeld eingegangener Mitgliederanfragen.

Einen Themenschwerpunkt bildete dabei der neue Tarifvertrag für die Tarifbeschäftigten in der Waldarbeit, der vom BDF-Bundesforst nicht in vollem Umfang (siehe z. B. Fahrzeiten) mitgetragen werden kann.

Zusätzlich wurde neben der Bedeutung des Onboardings auch der hohe Stellenwert des Offboardings (Übergang in die Rente/Pension, Einarbeitung des Nachfolgers/der Nachfolgerin) besprochen. Durch den BDF-Bundesforst sind daher demnächst Online-Veranstaltungen für Beschäftigte des Bundes zu Fragestellungen über Rente und Pension geplant.

Als weiteres wichtiges Thema stand auch das Netzwerken im Verband auf der Tagesordnung. In diesem Zusammenhang möchten wir Werbung für die

BDF-App machen. Diese App informiert zeitnah über Vorträge, Veranstaltungen, Gewerkschaftsfragen und aktuelle Artikel (Fachbeiträge). Außerdem sind grundlegende Informationen u.a. zum BDF-Bundesforst hinterlegt. In der App wurde auch eine BDF-Bundesforst-Gruppe eingerichtet, so dass ein direkter Austausch im Bundesverband möglich ist. Deshalb meldet Euch bitte an, ladet die App runter, registriert Euch, und dann werdet Ihr von den Administratoren zeitnah freigeschaltet

Im Jahr 2027 stehen die Neuwahlen des Vorstands des BDF-Bundesforst und im Jahr 2028 die Wahlen der Personalräte an. Wenn Ihr Interesse an einem Amt im Personalrat oder im Vorstand des BDF-Bundesforst habt, dann sprecht uns bitte an.

Die nächste Sitzung des erweiterten Vorstands findet vom 31.08.2026 bis 01.09.2026 statt. Sehr gerne nehmen wir Eure Anregungen bzw. Anliegen für diese Sitzung auf: info@bdf-bundesforst.de. ■

Redaktion BDF-Bundesforst

Eine Anleitung
zur BDF App finden
Sie unter folgendem
QR-Code:



BDF-Bundesforst
Bernöwer
Dorfstraße 19 b
16515 Oranienburg
info@bdf-bundesforst.de



Laden Sie sich jetzt die neue BDF-App herunter!



Apple



Android



Web

Nachwuchsforstleute üben den Ernstfall

Ein Prüfungsparcours zwischen Wespenbussard, Weißtanne und Waldbaufibel



*Holzaushaltung
unter Prüfungs-
bedingungen:
Wer hält den
Stamm am ertrag-
reichsten aus?*

Bei sonnigem Vorfrühlingswetter hatten am Freitag, den 27. Februar 20 junge Försterinnen und Förster die Möglichkeit, den Ernstfall „Laufbahnprüfung“ vorab einmal zu üben. Im Gieseler Forst, ca. 10 km westlich von Fulda, trafen sich die hessischen Anwärterinnen und Anwärter und durchliefen verschiedene Prüfungsstationen. Dabei wurde wieder einmal augenscheinlich, wie umfassend und vielfältig das Wissen ist, das für die Laufbahnprüfung Mitte März „sitzen“ muss:

Welche FFH-Anhang-II-Arten sind denn zum Beispiel an das Biotop „Himmelsteich“ gebunden, wie pflegt und erhält man diesen Lebensraum und welche zeitlichen Einschränkungen sind bei den Maßnahmen zu beachten?

Was empfiehlt die neue hessische Waldbaufibel bzgl. der nächsten Bestandesgeneration in älteren,

großräumigen Buchenbeständen? Welche Mischbaumarten könnten hier standortgerecht und klimastabil eingebracht werden?

... und wie war das mit dem M1,2,3 im Rotwild-Unterkiefer?

Nicht nur die ersten warmen Sonnenstrahlen brachten da den ein oder anderen Prüfling ins Schwitzen – gut, dass die rechtzeitig entdeckten Wissenslücken bis zur echten Prüfung Mitte März noch gefüllt werden können. Wichtiger als die Wissensabfrage war aber auch dieses Mal wieder das Üben der soft skills: souveränes Abrufen der gelernten Inhalte, strukturiertes Vortragen, Zeitmanagement und freies Sprechen. Denn die Abläufe von Bestandesbeschreibung und Stammaushaltung müssen schließlich wie aus der Pistole geschossen vorgetragen werden können.

Im Anschluss an den Übeaparcours trafen sich die Teilnehmenden noch bei Bratwürstchen und Kaltgetränken und kamen ins Gespräch. Das Prüfungsteam, dessen eigene Laufbahnprüfungen noch nicht weit zurück liegen, konnte den ein oder anderen wertvollen Hinweis geben und Mut machen.

Der BDF Hessen wünscht den jungen Kollegen und Kolleginnen viel Erfolg bei der bevorstehenden Prüfung! ■

Leonie Tinnefeld

BDF-Landesverband
Hessen
Hegstr. 1
63636 Brachtal
info@bdf-hessen.de



MECKLENBURG-VORPOMMERN



Unsere Vertretung im Verwaltungsrat

Die Beschäftigten haben gewählt

Mitte Februar wurde das Ergebnis der Wahl der Beschäftigtenvertreter im Verwaltungsrat der Landesforstanstalt verkündet.

Die diesjährige Wahl war geprägt von einer Vielzahl von KandidatInnen in beiden Gruppen, was das Interesse sowie Engagement der Beschäftigten zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Landesforstanstalt zeigt. Beweggrund waren zudem sicherlich auch die Prozesse und Ergebnisse, die derzeit rund um die Erstellung des Zukunftsplanes und vor allem

des Organisationskonzeptes im Raume stehen und zu Diskussionen, Kritik und Verunsicherungen bei den Mitarbeitenden geführt haben.

Auch die Wahlbeteiligung von gut 80 % aller Wahlberechtigten ist ein Indiz für den Wunsch der Beschäftigten auf Partizipation und Interessenvertretung in den obersten Entscheidungsgremien. Hierzu wenden wir zunächst einen Blick auf die Aufgaben und die Zusammensetzung dieses Gremiums, bevor wir zur Vorstellung der Wahlsieger kommen.



Im Landesforstanstaltsgesetz M-V werden der Verwaltungsrat (VwR) sowie der Vorstand als die beiden Organe der LFoA beschrieben. Dabei besteht der VwR aus 10 ständigen Mitgliedern (4 aus dem Landwirtschaftsministerium, 1 aus dem Finanzministerium, 2 Beschäftigtenvertreter der LFoA, 2 Abgeordnete des Landtages sowie ein nicht zur Landesverwaltung gehörendes beratendes Mitglied mit forstfachlichem Sachverstand ohne Stimmrecht.

Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst, wobei für einen Beschluss mindestens fünf Zustimmungen erforderlich sind. Für diejenigen Mitglieder des Verwaltungsrates, die durch die Aufsichtsbehörde (LM) sowie das FM in den Verwaltungsrat entsandt worden sind, bleibt das Weisungsrecht der sie entsendenden Dienststellen. Sie bilden somit bereits die für Beschlüsse notwendige Mehrheit alleine ab. Sind sich die Ministerien also einig, ist die Beschlusslage klar.

Der Verwaltungsrat hat folgende maßgeblichen Aufgaben: Er beschließt die Leitlinien für die Tätigkeit der Landesforstanstalt. Er berät und überwacht den Vorstand. Er beschließt die Haushaltsplanung mit Stellenplan sowie den Jahresabschluss, entlastet den Vorstand als Geschäftsführer der LFoA und genehmigt finanziell bedeutende Vergaben von Aufträgen sowie von Grundstücksvorgängen.

Hierbei wird deutlich, dass mit Blick auf die Stimmenverteilung die Einflussnahme der Beschäftigtenvertreter vor allem darin besteht, Sachverhalte von der internen Perspektive und aus Sicht der Beschäftigten zu beschreiben und zu argumentieren. Zudem sind auch sie laut Satzung berechtigt, Beschlussvorlagen einzubringen und Anträge zu stellen. Dies stellt somit ein nicht unbeachtliches, vielleicht das wichtigste Gestaltungsinstrument für die Arbeit der Beschäftigtenvertreter im VwR dar.

Als neue Beschäftigtenvertreter im VwR wurden für die Gruppe der Beamten und Angestellten Frank Zerbe (Forstamtleiter Sandhof) neu gewählt und für die Gruppe der Forstwirte Martin Doliwa (Forstwirtschaftsmeister Ausbildung, derzeit für den GPR freigestellt) in der Funktion bestätigt.

Beide Kollegen sind langjährige Landesforstmitarbeiter und können künftig ihre jahrelangen Erfahrungen und persönlichen Netzwerke in die Gremienarbeit einbringen.

Frank Zerbe schrieb in seiner Kandidatur, dass er den Wald wieder verstärkt in den Fokus unseres Handelns rücken möchte. Bei den aktuellen strukturell und finanziell geprägten Reformüberlegun-

gen sollen fachliche, ökologische und arbeitspraktische Aspekte mehr Gewicht erhalten. Er steht dafür, dass „nachhaltige Forstwirtschaft, insbesondere im Rahmen der Dauerwaldstrategie ohne ausreichend qualifiziertes Personal in der Fläche nicht umsetzbar ist. Effizienz entsteht nicht allein durch organisatorische Umstrukturierungen, sondern vor allem durch funktionierende Arbeitsprozesse, realistische Zielvorgaben und stabile personelle Strukturen.“ Er will sich dafür einsetzen, dass Veränderungen nachvollziehbar und transparent kommuniziert werden und Erfahrungen aus der Praxis partizipativ in strategische Entscheidungen miteinfließen.

Er ruft ausdrücklich dazu auf, ihm Einschätzungen, Anregungen und Kritik mitzuteilen, um diese im Verwaltungsrat mit Nachdruck einbringen zu können.

Herr Doliwa setzt seinen Schwerpunkt vor allem im Bereich der Arbeitsbedingungen, beruflicher Weiterqualifizierung und des forstlichen Nachwuchses. Sein Ziel ist es, die Landesforst als zukunftsfähiges und attraktives Unternehmen weiterzuentwickeln.

Beide Vertreter sind mit Blick auf ihren Werdegang, ihr bereits in vorherigen Arbeitsgruppen und Gremien gezeigtes Engagement und ihre Eigeninitiativen sowie der aktuellen dienstlichen Aufgabe geradezu prädestiniert für ihre Aufgaben im Verwaltungsrat.

Themen wie Dauerwald, Prozessoptimierung, Aufgabenkritik, Dienstwagen mit privater Mitbenutzung, Motorsägenstellung, Forstwirtschaftsmeisterausbildung und Verbesserung der Lehrausbildung könnten durch sie tatsächlich einen „Turbo“ erfahren. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass es vor allem unsere Beschäftigtenvertreter sind, die den Finger in „die Wunde“ legen, die Entscheidungsfindung nicht nur sachlich fundiert begleiten, sondern auch auf diese drängen. Dass hier die Mitarbeiterbelange höchsten Rang haben, liegt in der Natur der Sache. Ein stabiler Landesforst gehört hier ganz oben auf, das dafür Notwendige gilt es zu tun. Das Personal ist dabei das wertvollste „Kapital“.

Wir beglückwünschen den beiden zur Wahl, wünschen alles Gute, starke Nerven, Durchsetzungs- und Durchhaltevermögen. Der bereits vorhandene gute Draht zum BDF wird nun noch weiter geflochten, damit die forstliche Basis ganz oben zum Zuge kommt! ■

I. Gilow

Einladung
zum geselligen BDF-Abend
am 5. Juni 2026

Wann und Wo: Forstamt Bad Doberan, 19 Uhr
Genauere Info senden wir euch per Mail bzw.
Post und findet Ihr auf unserer Homepage

BDF-Landesverband
Mecklenburg-
Vorpommern
Gleviner Burg 1
18273 Güstrow
info@bdf-mv.de





Einladung zur *BDF-Versammlung* der Region Weser-Ems

Einfach
QR-Code scannen
und per Mail
anmelden:

Björn
Staggenborg



Jochen
Schulze Pellengahr



*Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Weser-Ems,
ich lade Sie sehr herzlich zur Regionalversammlung am **Mittwoch, 29.04.2026**,*

*um 14.00 Uhr am Wanderparkplatz Ankumer
Damm (Rev. Westerholte, NFA Ankum) ein.*

Tagesordnung:

1. Douglasienprovenienzversuch der NW-FVA:
Schwarzkiefer und Nordmantanne als
Alternative im Klimawandel
2. Neues aus dem Landesverband des BDF
3. Neues aus den einzelnen Forstverwaltungen
4. Verschiedenes

*Gegen 16.00 Uhr ist ein Kaffeetrinken und
Kuchenessen geplant.*

*Geplantes Ende der Versammlung ca. 17.30 Uhr.
Damit der Kaffee- und Kuchenbedarf besser
geplant werden kann, bitte ich um **Anmeldung
bis Mittwoch, 22.04.2026 per Mail an***

***bjoern.staggenborg@nfa-ankum.niedersachsen.de**
oder an
jochen.schulzpellengahr@bdf-nds.de.*

Gäste sind wie immer herzlich willkommen!

Jochen Schulze Pellengahr

Trotz Eisregen: BDF Niedersachsen am Warnstreik in Hannover beteiligt

*Trotz miserabler
Wetterbedingungen
lautstark in der
Landeshauptstadt mit
dabei: Die Mitglieder
des Landesverbands
Niedersachsen.*



Der BDF Niedersachsen war im Zuge der letzten
Tarifverhandlungsrunde als Fachgewerkschaft zur
Beteiligung am Warnstreik des dbb Niedersachsen

am 04. Februar 2026 in der Landeshauptstadt
aufgerufen. Zuvor war seitens der TdL in der zwei-
ten, gescheiterten Verhandlungsrunde kein Ange-
bot vorgelegt worden.

Die Bereitschaft der Mitwirkung am Warnstreik bei
den niedersächsischen Forstkollegen/innen war
also gegeben, jedoch bremste der Eisregen in der
Nacht zum 04. Februar vielerorts nicht nur die
BDF-Mitglieder aus. Dadurch wurde die Beteiligung
am Streik leider auf 11 Kollegen/innen reduziert,
welche jedoch mit Jagdhörnern unter allen ande-
ren Fachgewerkschaften sehr erfolgreich auf sich
aufmerksam machen konnten. Insgesamt wurde
der Streik von ca. 1.000 Mitarbeitern aus dem öf-
fentlichen Dienst wahrgenommen. ■

LV

BDF-Landesverband
Niedersachsen
Wacholderweg 8
37079 Göttingen
bdf.niedersachsen@
bdf-online.de



Jubiläen

Wir ehren unsere langjährigen
Mitglieder im BDF! Herzlichen Dank
für Ihre und eure Treue!

60 Jahre

Gerd Wüsteney, Feggendorf

50 Jahre

Reinhard Wiemer, Bad Iburg;
Christian Eberl, Nörten-Hardenberg

40 Jahre

Axel Neumann, Embsen

25 Jahre

Hans-Jürgen Thies, Winsen/Aller

Fritz Klocke ist verstorben

Es war auf dem BDF-Delegiertentag 1997 in Arnsberg, als die Freundschaft zwischen Fritz und mir begann. In einer berufspolitisch turbulenten Zeit wurden wir in den geschäftsführenden BDF-Landesvorstand NRW gewählt. Es blieb dem neuen, aus erfahrenen und neuen Mitgliedern bestehenden Landesvorstand keine Zeit, sich zu beschnuppern. Die stets in der Diskussion befindliche Forstreform, der Konflikt mit dem Kartellamt über die Holzvermarktung und das Ringen um den Erhalt von Arbeitsplätzen und Planstellen waren nur ein Teil des zu bewältigenden Arbeitsvolumens. Immer wieder suchten wir auch auf Drängen von Fritz die Gespräche mit den Landtagsfraktionen in Düsseldorf, den Verbänden und den Verwaltungen. Fritz hatte einen großen Anteil daran, dass unser Berufsverband politischer agierte und seine Öffentlichkeitsarbeit intensivierte.

Es war Fritz, der mit dem ihm eigenen Humor festgefahrene Gespräche wieder in Fluss brachte. Dabei hatte er allerdings kein Problem damit, sich selbst und seine Vorstandskollegen auf die Schippe zu nehmen. Kolleginnen waren jedoch niemals Zielscheibe seines Humors. Ich erinnere mich an einer unseren ersten Hauptvorstandssitzungen im Jugendwaldheim Arnsberg. Während der Sitzung erklang das Haustelefon, und Fritz nahm den Anruf wie folgt entgegen: „Ja, Bärbel, der Herr Dierdorf ist hier“. Sollte die Umweltministerin Bärbel Höhn tatsächlich am anderen Ende der Leitung sein? Ich meldete mich am Telefon, und am anderen Ende der Leitung befand sich der Hausmeister des Jugendwaldheimes, der lediglich wissen wollte, ob wir an dem Mittagessen teilnehmen wollten. Nun, ich muss zugeben, ich musste lernen, auch über diesen Humor lachen zu können. Fritz und ich haben uns bei unseren gegenseitigen Besuchen stets aufs Neue über diese Anekdote köstlich amüsiert.

Auch die Landtagsabgeordneten bekamen seinen Humor zu spüren. Bei einem Landtagsbesuch pasierten wir die Eingangskontrollen und gelangten in das Foyer. Dort ermahnte Fritz mich laut und vernehmlich, ich solle in Anbetracht zahlreicher Lumpen meine Taschen fest verschlossen halten. Nicht wenige strafende Blicke hatten wir auszuhalten.

Drei Jahre haben Fritz und ich Seite an Seite für unseren Berufsverband gestritten. Und es waren spannende und herausfordernde Jahre. In unzähligen Gesprächsrunden suchten wir nach den richtigen Wegen zur Erhaltung der Einheitsforstverwaltung. Fritz diene unserem BDF mit seiner forstlichen Kompetenz, seinem Kämpferherz und seiner Leidenschaft für faire Streitgespräche. Die



Bereitschaft zur leidenschaftlichen Diskussion hat uns auch nach seinem Ausscheiden aus dem Landesvorstand verbunden. Bei meinen Besuchen im Hause Klocke blieb mir Fritz stets ein unverzichtbarer Berater.

Fritz-Ewald Klocke

Sein Kämpferherz war in den Jahren nach seinem Eintritt in den Ruhestand gefordert. Seine schweren Erkrankungen galt es zu überwinden. Mit der ihm eigenen Disziplin folgte er klaglos den ihm auferlegten Therapien. Wenige Tage vor dem Weihnachtsfest 2025 haben meine Frau und ich Veronika und Fritz Klocke besucht. An diesem Tag fühlte sich Fritz in der Lage, zwei Stunden mit uns zu verbringen. Diese zwei Stunden waren voll von Erinnerungen und Anekdoten. Beim Abschied wünschten wir uns ein Wiedersehen im Neuen Jahr. Dieser Wunsch ist uns nicht erfüllt worden. Fritz ist nun nach langem Kampf von den hässlichen und qualvollen Erkrankungen erlöst worden. Ich glaube im Namen vieler Forstleute sprechen zu dürfen, dass Fritz Klocke in unseren Erinnerungen einen festen Platz einnehmen wird. Mir fehlt er schon heute. ■

*Bernhard Dierdorf
(Ehrenvorsitzender)*

BDF-Landesverband
Nordrhein-Westfalen
Markstraße 2
58809 Neuenrade
kontakt@bdf-nrw.de



Besichtigung des *Geothermiekraftwerks*

Regionalvorstand Südliche Pfalz neu gewählt



Zu Besuch im
Geothermiekraftwerk.

22 Teilnehmende nahmen am 11. Februar an der sehr interessanten Besichtigung des Geothermiekraftwerkes in Insheim teil.

Die von VULCAN ENERGY betriebene Anlage soll zukünftig vorrangig der Gewinnung von Wärmeenergie, Lithium und im geringen Umfang der Stromerzeugung dienen. Dafür bietet die Lage im Rheingraben besonders gute Voraussetzungen. Über 4000 bis 4500 m tiefe Bohrungen wird über 160 Grad heißes mineralisches Wasser mit einem sehr hohen Lithiumanteil zu Tage gefördert, das nach seiner Nutzung mit einer Temperatur von ca.

70 Grad wieder zurückgeführt wird. Die Gruppe folgte einem sehr interessanten Vortrag, in dessen Anschluss von den Verantwortlichen vor Ort sehr viele Fragen beantwortet wurden.

Anschließend fand in der nahegelegenen Fischerhütte eine Regionalversammlung mit Wahl des Regionalvorstandes statt. Neu in den Vorstand wurde Fabian Sigmund als Stellvertreter gewählt. Als Stellvertreter bestätigt wurden Gerhard Hoffmann und Daniel Welke. Alter und neuer Vorsitzender ist Ralf Konwinski. ■

 Sie finden uns vom 16.-20.04.2026 auf der Agrarschau Dietmannsried im Freigelände A403. <i>Ihr Heizomat - Team freut sich auf Ihren Besuch!</i>				
		Ihr Profi für Holzheiz- und Hacktechnik Made in Germany		
Hackschnitzel- und Pelletheizungen von 25 - 2.500 kW		CO₂-neutral und regenerativ heizen mit ENERGIE IM KREISLAUF DER NATUR		
				
		Profi Holzhackmaschinen für Hand- und Kranbeschickung		
HEIZOMAT - Gerätebau + Energiesysteme GmbH				
Maicha 21 • 91710 Gunzenhausen • Tel.: 09836 97 97 - 0 • www.heizomat.de/messen				
				



Einschießen auf dem Schießstand in Landau

Wir laden alle Mitglieder und Interessierte zum Einschießen auf den Schießstand nach Landau ein.

Donnerstag, 16. April 2026, 15.30 Uhr

Vorgesehen ist das Einschießen der Waffen für die bevorstehende Jagdsaison. Beratend steht uns wieder Herr Hammer von der Firma Waffen-Seeber in Landau zur Seite.

Die Veranstaltung bietet auch eine gute Möglichkeit für einen Informations- und Meinungsaustausch unter Kollegen. Auf Grund der begrenzten Teilnehmerzahl wird um eine vorherige Anmeldung gebeten. Die Berücksichtigung erfolgt nach Eingang der Anmeldung. Mitglieder werden bei der Anmeldung bevorzugt berücksichtigt. Für sie ist die Nutzung der Schießanlage kostenlos. Wie in den letzten Jahren ist für das leibliche Wohl gesorgt.

*Anmeldungen möglichst per Mail an:
rkonwinski@bdf-rlp.de*

*oder Tel. dienstl. 06321/6799-216,
Fax dienstl. 06321/6799-475*

Wegbeschreibung wird bei Bedarf zugesandt.

Bitte mitbringen:

- gültigen Jagdschein
- eigene Waffe (auch Kurzwaffe möglich) und eigene Munition; Munition kann über die Fa. Waffen-Seeber erworben werden (tel. Kontaktaufnahme mit Herrn Hammer, Tel. 06341/88429 oder bei Anmeldung mitteilen)
- soweit vorhanden Gehörschutz
- Gewehrriemen nicht mitbringen, bzw. im Auto lassen

Der Regionalvorstand Südliche Pfalz

Homepage
des Schießstands



BDF-Landesvorstand
Rheinland-Pfalz
Pirmasenser Str. 14 b
66509 Rieschweiler-
Mühlbach
info@bdf-rlp.de
www.bdf-rlp.de



Starte sicher ins Forststudium – mit der passenden BU

Beim Thema Berufsunfähigkeit gilt, früh vorsorgen lohnt sich! Das Studium ist der ideale Zeitpunkt dafür.

Du profitierst von:

- Vereinfachter Gesundheitsprüfung und
- dauerhaften Beitragsvorteilen durch frühen Einstieg
- Absicherung deiner körperlichen Leistungsfähigkeit
- Flexible Anpassung nach dem Studienabschluss

Warte nicht länger, Sorge jetzt mit dem
BDF Sozialwerk für deine Zukunft vor!



Jetzt Kontakt
speichern



BDF-Saar zeigt Flagge am Ludwigsplatz

Klare Forderungen in der Einkommensrunde



Teilnehmer
des BDF-Saar
beim Warnstreik.

Mit einer beachtlichen Mannschaft war der BDF-Saar am 10. Februar auf dem Ludwigsplatz in Saarbrücken vertreten, als rund 1.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes dem Warnstreikaufruf der dbb-Gewerkschaften folgten. Vor der Staatskanzlei machten die Kolleginnen und Kollegen deutlich: So kann es nicht weitergehen. Auch die Forstbeschäftigten im Saarland stehen geschlossen hinter der Forderung nach spürbaren Verbesserungen in der laufenden Einkommensrunde der Länder.

Der Landesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion saar, Sascha Alles, fand klare Worte: „Das Saarland wird abgehängt.“ Trotz massiven Personalmangels in Schulen, Justiz, innerer Sicherheit, Straßenbau, Verwaltung und Krankenhäusern sei die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nicht bereit, ein verhandelbares Angebot vorzulegen. Für die Beschäftigten bedeute das fehlende Wertschätzung – und für das Land einen weiteren Attraktivitätsverlust als Arbeitgeber.

Diese Einschätzung teilen wir als BDF-Saar ausdrücklich. Auch in den saarländischen Forstbetrieben spüren wir die Folgen des Personalmangels und der stetig steigenden Anforderungen. Klimawandel, Waldumbau, Extremwetterereignisse und steigende gesellschaftliche Erwartungen an den Wald treffen auf eine angespannte Personalsituation. Wer hier dauerhaft leistungsfähige Strukturen sichern will, muss die Einkommen konkurrenzfähig gestalten.

Die Kernforderung der Gewerkschaften war deutlich: eine Einkommenserhöhung von 7 Prozent, mindestens jedoch 300 Euro monatlich. Zudem wurde eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses im TV-L auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfänger verlangt. Gerade im Saarland ist dies von besonderer Bedeutung, da die Besoldung im Ländervergleich regelmäßig hinterherhinkt.

Milliardenprogramme für Klimaschutz, Waldumbau und nachhaltige Bewirtschaftung bleiben wirkungslos, wenn das Fachpersonal fehlt oder in andere Bundesländer beziehungsweise in die Privatwirtschaft abwandert. Attraktive Arbeitsbedingungen sind kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine funktionierende Daseinsvorsorge – auch im Wald.

Im Rahmen der dritten und entscheidenden Verhandlungsrunde wurde ein Ergebnis erzielt. Der dbb hat dem Kompromiss zugestimmt. Innerhalb einer Laufzeit von 27 Monaten erhöhen sich die Entgelte schrittweise auf insgesamt 5,8 Prozent.

Mittlerweile hat die saarländische Landesregierung der Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger zugestimmt.

Der BDF-Saar hat am Ludwigsplatz in Saarbrücken deutlich gemacht: Wir stehen solidarisch an der Seite der Kolleginnen und Kollegen im gesamten öffentlichen Dienst. Eine leistungsfähige Forstverwaltung ist ein unverzichtbarer Bestandteil der öffentlichen Infrastruktur – gerade in Zeiten multipler Krisen. Wer vom Wald Klimaschutz, Biodiversität, Erholung und Rohstoffversorgung erwartet, muss auch bereit sein, in die Menschen zu investieren, die diese Aufgaben täglich erfüllen.

Unser starkes Auftreten in Saarbrücken war ein sichtbares Zeichen. Wir werden uns auch zukünftig mit Nachdruck für faire Bezahlung, Wertschätzung und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen im saarländischen Landesdienst einsetzen. ■

BDF-Saar / Der Vorstand

Jubiläum

40 Jahre Mitgliedschaft: Vorstandsmitglied Michael Pfaff, Kirkel-Limbach

BDF-Landesverband
Saarland
Im Schmelzerwald 101
66386 St. Ingbert
m.weber@
sfl.saarland.de



Erste BDF-Landesvorstandssitzung 2026



V.l.n.r. Vorsitzender
Michael Creutz,
Geschäftsführer
Udo Mauersberger,
BDF-Jugendvertreter
Jonah Harthke

BDF-Landesverband
Sachsen
Siedlung 14
09456 Mildenau
bdf-sachsen@gmx.de



Der Landesvorstand traf sich am 26. Februar 2026 zu einer Besprechung traditionell in der SBB-Geschäftsstelle in Dresden. Sehr gefreut hat uns, dass Jonah Harthke als Landesjugendvertreter und Vertreter der BDF-Hochschulgruppe Tharandt teilgenommen hat. Die Besprechung hatte neben weiteren aktuellen Themen insbesondere die Personalratswahlen und die Vorbereitung einer Exkursion für Studenten zum Inhalt. Die Exkursion wird im Frühjahr 2026 stattfinden und wird von der BDF-Hochschulgruppe organisiert, die bereits 14 Mitglieder in der kurzen Bestehungszeit zählen kann. ■

Der Vorstand

Wichtige Termine:

Förstertag (mit Exkursion), Zittauer Gebirge
23. August 2026

Mitgliederversammlung
26. September 2026



Personalratswahlen 2026

Am 6. Mai 2026 sind Personalratswahlen im Staatsbetrieb Sachsenforst und im Geschäftsbereich des SMUL. Der BDF tritt mit jeweils einer Beamten- und einer Arbeitnehmerliste für den Gesamtpersonalrat beim Sachsenforst und für den Hauptpersonalrat beim SMUL an. Name der Liste wird sein: „BDF – engagiert für alle Beschäftigten“. ■

Michael Creutz



Tarifverhandlungen für den Privatforstdienst

Am Verhandlungstisch im Grünen Kamp in Rendsburg

Tarifverhandlung
SH 2026: v.r.n.l.
Alice Arp (BVSH),
Hans-Caspar
Graf zu Rantzau
(Arbeitgeberverband),
Jan Hinrich
Bergmann (BDF)



Man sagt ja, man sieht manchmal den Wald vor lauter Bäumen nicht. Aber bei den Tarifpartnern in Schleswig-Holstein wird nicht nur beobachtet, sondern auch ordentlich verhandelt!

Ein fairer Tarifvertrag ist kein Luxus, sondern die Basis: Er sichert unseren Försterinnen und Förstern ein faires Einkommen und macht deren Arbeitgeber attraktiv, letztlich auch zur Steigerung der Zufriedenheit und zur Bindung der Mitarbeiter an den Betrieb.

Am 16. Februar 2026 trafen sich vom Arbeitgeberverband der Land- und Forstwirtschaft in S-H e.V. Hans-Caspar Graf zu Rantzau sowie Alice Arp vom Bauernverband S-H und seitens des BDF Jan Hinrich

Bergmann zur Verhandlung, die im Ergebnis als nachhaltiges Wachstum beschrieben werden kann. Von den geforderten rund 3 Prozent Erhöhung konnte man sich aufgrund der bestehenden Unsicherheiten am Laubholzmarkt sowie der nur kurzen Laufzeit von 12 Monaten auf einen Reallohnaus-

gleich von +2,2 Prozent einigen, aufgestockt um ein Plus von 0,2 Prozent. Die Laufzeit ist festgelegt vom 01. April 2026 bis 31. März 2027.

Fazit: Hier wird sprichwörtlich nicht nur Holz gehauen, sondern auch an der Zukunft gefeilt. Ein Ergebnis, das „mäßig, aber regelmäßig“ wächst – eben wie eine gute Eiche, nur dass man von der Eiche keine Miete zahlen kann, von den 2,4 % Plus aber schon!

Wir freuen uns auf die nächste konstruktive Runde in Rendsburg. Gemeinsam halten wir den Wald (... und den Tarif) lebendig. ■

LV

BDF-Landesverband
Schleswig-Holstein
Ziegelhof 6
5524 Itzehoe
crosenow@gmx.de



THÜRINGEN



Erfolgreiche Demo in Erfurt

Die Forstleute waren nicht zu überhören. Damit wurde die tbb-Familie insgesamt sehr gut wahrgenommen.



Am 3. Februar beteiligte sich der BDF Thüringen an der gemeinschaftlichen Kundgebung der tbb-Familie in Erfurt. Anlass waren die Tarifverhandlungen im TV-L, die die Arbeitgeber mit zunächst zwei ergebnislosen Verhandlungsrunden platzen ließen. Erst die dritte Verhandlungsrunde brachte mit dem gemeinsamen Druck von der Straße die Wende und schließlich einen annehmbaren Kompromiss. Die Ergebnisse können Sie im Bundesteil dieser Ausgabe nachlesen oder weiter im Detail unter www.dbb.de/einkommensrunde/einkommensrunde-2026.html

Wir danken allen Beteiligten und vor allem den Forstkolleginnen und -kollegen. Wir haben sehr lautstark auf uns aufmerksam gemacht. ■

Submissionsexkursion in Erfurt

Der Auftakt in das neue Gewerkschaftsjahr 2026 war – wie schon in den Vorjahren – die Submissionsexkursion in Erfurt-Egstedt im Thüringer Forstamt Erfurt-Willrode. Eine Veranstaltungsreihe, die sich als feste Größe im Kalender des BDF Thüringen etabliert hat.

Wir trafen uns am 7. Februar auf dem Submissionsplatz von ThüringenForst. Insgesamt 43 Interessierte fanden sich ein. Der Landesvorstand des BDF war zu einem Drittel vertreten und begrüßte die Teilnehmenden herzlich. Auch die gerade neu gegründete Hochschulgruppe an der FH Erfurt war anwesend und hatte die Veranstaltung im Vorfeld in allen Semestern erfolgreich beworben, sodass erneut Studierende der FHE das Bild prägten, ergänzt durch einige erfahrene Kolleginnen und Kollegen sowie Angehörige.

Sascha Schlehahn, der neue Forstamtsleiter des Forstamtes Erfurt-Willrode, übernahm die fachkundige Führung über den Submissionsplatz. Kurzweilig und fundiert erläuterte er zu jeder Baumart und den verschiedenen Sortimenten und Verwendungszwecken die jeweilige Marktlage, die verschiedenen Wertschöpfungsketten sowie Besonderheiten der Holzqualitäten – und das bei winterlicher Kulisse. Sein Merksatz an die Studierenden für Submissionswertholz lautet: kurz, dick und merkmalsfrei muss es sein.

In Egstedt kommen einmal im Jahr die wertvollsten Hölzer aus ganz Thüringen sowie aus zwei sachsen-anhaltinischen Betrieben zusammen. Zur 35. Wertholzsubmission der ThüringenForst-AöR wurden rund 1.355 Kubikmeter Edelhölzer angeboten, davon 1.125 Kubikmeter Laubholz und 230 Kubikmeter Nadelholz. 31 deutsche wie auch europäische Holzkäufer haben 18 verschiedene Baumarten, die sich auf 900 Einzelstämme verteilen, beboten. An der Submission waren 17 Forstbetriebe aus dem Landes-, Privat- und Kommunalwald beteiligt.

Den Angebotsschwerpunkt bildete die Eiche mit allein 672 Festmeter, gefolgt von 370 Festmeter Eschenholz und 166 Festmeter Lärchenholz. Ein Trend, der sich aus den Vorjahren weiter fortsetzt. Fast 100 Prozent des Angebots fanden einen Käufer – der Gesamterlös beläuft sich auf 691.500 Euro (2025: 614.000 Euro). Die Eiche erzielte dabei einen bemerkenswerten Durchschnittserlös von 750 Euro pro Festmeter – deutlich über dem Vorjahresniveau von 582 Euro je Kubikmeter. Die Esche erreichte 258 Euro je Kubikmeter, die Lärche tendierte mit 352 Euro je Kubikmeter leicht nach oben.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die diesjährige „Braut“ – oder vielmehr: die Bräute. Denn 2026 gab es eine Premiere: Gleich zwei Stämme teilten sich



Auch zur diesjährigen Submissionsexkursion konnten viele Teilnehmende begrüßt werden.



Sascha Schlehahn, Forstamtsleiter im Forstamt Erfurt-Willrode, hat die Exkursion sehr fachkundig geführt.

den Titel des höchstdotierten Loses. Zwei jeweils etwa einen Festmeter starke Eichenstämme – einer aus dem Forstamt Bad Berka, einer aus dem Forstamt Sondershausen – wurden von einem niederländischen Furnierwerk für exakt jeweils 3.023 Euro pro Festmeter ersteigert. Die besondere Pointe: Die Leiter der beiden Forstämter, Jan und Uli Klüßendorf, sind Brüder.

Im Anschluss an das Fachsimpeln auf dem Platz wurde beim gemeinsamen Imbiss im Backhaus des Forsthauses Willrode in gemütlicher und geselliger Runde weiter geplauscht – über Holzvermarktung, Waldbau und aktuelle forstliche Themen. Auch 2026 hat der Auftakt Lust auf mehr gemacht. Als nächste Veranstaltung steht am 07.05. eine Exkursion in den Nationalpark Hainich – auf dem Weg zum Urwald – unter der Leitung von Rüdiger Biehl an. Bleiben Sie gespannt oder melden Sie sich auch dieses Jahr gerne mit eigenen Ideen und Vorschlägen. ■

Roman Rosch

BDF-Landesverband
Thüringen
Albrechtstr. 22
99092 Erfurt
info@
bdf-thueringen.de



Laden Sie sich jetzt die neue *BDF-App* herunter!

Seit Oktober haben wir die BDF-App, um Neuigkeiten (News) auszutauschen und bundesweit miteinander zu kommunizieren (neudeutsch chatten). Dazu gibt es in übersichtlicher Form Einladungen zu Veranstaltungen und eine Dokumentenablage. Und so funktioniert's:

1. App laden
2. Account anlegen oder
3. Registrieren als Mitglied
4. Personalisieren

Bei Fragen wenden Sie sich gerne an Ihren BDF-Mitgliedsverband oder an den technischen Support:
support.bdf@connect.app



Apple



Android



Web

